RAŠÍN ALS WÄHRUNGS-REFORMER

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde

eines Doktor der Staatswissenschaften,

vorgelegt der philologisch-historischen

Abteilung der philosophischen

Fakultät der Universität

Basel

von

JAN ČAKRT

aus Teschen, Tschechoslovakei

Mähr.-Ostrau 1926

Druck der Volksbuchdruckerei (O. M. Štěpánek & Komp.) Mährisch-Ostrau

Digitized by the Internet Archive
in 2026

https://archive.org/details/IA41548816_0062

RAŠÍN
ALS WÄHRUNGS-REFORMER

Inaugural-Dissertation

zur Erlangung der Würde

eines Doktor der Staatswissenschaften,

vorgelegt der philologisch-historischen

Abteilung der philosophischen

Fakultät der Universität

Basel

von

JAN ČAKRT

aus Teschen, Tschechoslovakei

Mähr.-Ostrau 1926

Druck der Volksbuchdruckerei (O. M. Štěpánek & Komp.) Mährisch-Ostrau

Genehmigt von der philologisch-historischen Abteilung der philosophischen Fakultät auf Antrag der Herren Professoren Dr. Stephan Bauer und Dr. Julius Landmann

Basel, den 18. Dezember 1925

R. UNIV. BIBLIOTHEEK LEIDEN

R. TSCHUDI,
Dekan

Meinen Eltern!

Inhaltsverzeichnis

Seite

Inhaltsverzeichnis 4

Literaturverzeichnis 5

Einleitung 7

A. Kurzer historischer Rückblick über die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre 10

a) Der Krieg und seine Folgen für Wirtschaft, Währung und Finanzen 10

b) Die erste Nachkriegszeit bis zur Abstempelung der österr.-ungarischen Banknoten 16

B. Die Politik Rašíns und ihre Auswirkungen 22

a) Die Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Niederganges, vom Ende des Krieges bis Ende 1921 22

b) Die Zeit des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues 28

C. Die Institutionen des Bankamtes und der Vermögensabgabe. Ihre Rolle in der Währungspolitik 49

a) Das Bankamt beim Finanzministerium 49

b) Die Vermögensabgabe 58

D. Rašín's Persönlichkeit 66

a) Rašín's nationalökonomische Ansichten und sein wirtschaftlicher Sanierungsplan 66

b) Rašín als Mensch und Staatsmann 74

Schlusswort 78

Vita 81

Literaturverzeichnis

a) Werke:

Amonn: Währungsreform in der Tschechoslowakei, München & Leipzig, 1924.

Basch: Teorie inflace (Die Theorie der Inflation), Bratislava 1922.

Cassel: Das Geldproblem der Welt, I., II., München 1922.

„ Währungsgeschichte seit 1914, München 1925.

Čechrák: Problém stabilní měny (Das Problem der stabilen Währung), Prag 1922.

Dušek: Humbug Rašínovy deflace (Der Humbug der Raschin'schen Deflation), Prag 1922.

Engliš: Peníze (Das Geld), Brno 1918.

„ Národní hospodářství (Nationalökonomie), Prag 1924.

Fillunger: Die Währungsmassnahmen in den einzelnen Nachfolgestaaten. Frankfurter Dissertation Nr. 465.

Fořt: Plán stabilisace (Stabilisierungsplan), Prag 1924.

Fuksa: Bankovní úřad min. financí (Das Bankamt des Finanzministeriums), Prag 1923.

Grünwald: Die Steuern Österreichs im Frieden und im Kriege, Stuttgart 1918.

Jèze: Cours de science des finances. Vlème éd., Paris 1922.

Kerschagl: Die Währungstrennung in den Nationalstaaten, Wien 1920.

Keynes: Ein Traktat über Währungsreform, Leipzig 1924.

Pospíšil: Půlstoletí městské spořitelny Pražské (Ein halbes Jahrhundert der Prager Stadtsparkasse), Festschrift, Prag 1925.

Rašín: O přechodném hospodářství (Von der Übergangswirtschaft). Rede vom 13. XII. 1918, Prag 1918.

„ Pracovat a šetřit (Arbeiten und Sparen). Rede vom 25. III. 1919, Prag 1919.

„ Můj finanční plán (Mein Finanzplan), Prag 1920.

„ Inflace a deflace (Inflation und Deflation), Rede vom 30. I. 1922, Prag 1922.

„ Národní hospodářství (Volkswirtschaftslehre), Prag 1922.

„ Finanční a hosp. politika Československa do konce roku 1921 (Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei bis Ende 1921), Prag 1922.

Rist: La déflation en pratique, Paris 1924.

Schaefer: Klassische Valutastabilisierungen, Hamburg 1922.
Schmidt: Internationaler Zahlungsverkehr, Leipzig 1912.
Sock: Die Währungsreform in der Tschechoslowakischen Republik, Frankfurter Dissertation Nr. 256.
Steiner: Die Währungsgesetzgebung in den Sukzessionsstaaten, II. Band, Wien 1921.
„ Notenbankpolitik und staatliche Anleihepolitik in den österr.-ung. Nachfolgestaaten, München 1924.
Worliczek: Die Finanz und Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei, Prag o. J.
Yves-Guyot-Raffalovich: Inflation et déflation, Paris 1921.
Problèmes de la déflation, Paris 1921.

b) Akten, Berichte, Statistiken, Periodica etc.

Protokolle der Finanzkonferenz in Brüssel 1920.
Conférence financière de Bruxelles. Les recommandations et leur application. Examen après deux ans, volume Ier. (Genève 1922).
Mémoire sur les monnaies. Genève 1922. Herausgeg. vom Sekretariat des Völkerbundes.
La situation économique et financière des principaux états à la fin de 1922. (Genève 1923). Herausgeg. vom Sekretariat des Völkerbundes.
Der österreichische Volkswirt, Jahrgang XIII.-XVI.
Čs. národní hospodář (Der tschechoslowakische Volkswirt), 1919 ff.
Věstník min. financí (Verordnungsblatt des Finanzministeriums), 1919 ff.
Sammlung der Gesetze und Verordnungen der Tschechoslowakischen Republik, 1918 ff.
Berichte des staatlichen statistischen Amtes in Prag, 1920 ff.
Berichte aus den neuen Staaten, 1920 ff.
Zeitschrift für Volksw. und Sozialpolitik, Jahrg. 1921.
Národní listy, Prag 1919/24.
Lidové noviny, Brünn 1921/24.
Prager Tagblatt, Prag 1921.
Prager Presse, Prag 1924.

Einleitung

Am 5. Jänner 1923 wurde Finanzminister Rašín von der mörderischen Kugel getroffen. Dieser Unglückstag bildet einen Wendepunkt in der Wirtschaftspolitik der Tschechoslovakei: in der vorangehenden Epoche waren alle Massnahmen der Wirtschaftspolitik entweder Rašín's persönliches Werk oder wenigstens stark von ihm beeinflusst. In der Zeit nach dem 5. Jänner wirkten sich zwar die Folgen der letzten Rašín'schen Massnahmen voll aus, der Verlauf der wirtschaftlichen Tatsachen lässt aber den Einfluss der starken Persönlichkeit Rašín's vermissen und nimmt diesen Tatsachen so den festen Zusammenhalt, den ihnen vordem die Individualität Rašín's gegeben hat. Und so stehen wir heute vor Folgeerscheinungen einer Wirtschaftspolitik, welche das Ausscheiden Rašín's aus der aktiven Tätigkeit auf diesem Gebiete durch eine deutliche Scheidung in den Massnahmen, ihrer praktischen Durchführung und ihren Auswirkungen auf das Wirtschaftsleben zum Ausdruck bringt. Obzwar auch nach seinem Tode an seinen Prinzipien festgehalten wurde und man das von ihm begonnene Werk in seinem Geiste fortzusetzen suchte, konnte man ihm nicht den Stempel der Rašín'schen Individualität geben.

Vorliegende Arbeit, die sich das Ziel gesetzt hat, das Wirken Rašín's als Wirtschaftspolitiker, Staatsmann und Mensch darzustellen und eine allgemeine Charakteristik seiner Persönlichkeit zu geben, wird sich die Ergebnisse einer Untersuchung der wirtschaftlichen Folgeerscheinungen seiner Massnahmen zunutze machen. Denn Rašín war ein Mann der Praxis, kein Theoretiker und wenn er sich auch mit der Theorie an manchen Stellen auseinandersetzt, so sind diese Stellen in seinen Reden und Schriften sehr selten und seine theoretischen Erklärungen überdies ziemlich einfach. Da wir aber erst aus der Analyse der Wirklichkeit auf die Gedanken selbst schliessen wollen, so wäre es unlogisch, in der Verwirklichung seiner Ideen die Bestätigung dieser oder jener Theorie a priori erblicken

zu wollen, es wäre deshalb auch unangebracht, an die Wirklichkeit unter dem Gesichtspunkt einer im Voraus bestimmten wissenschaftlichen Meinung heranzutreten und die Tatsachen unter einem von vornherein festgesetzten Standpunkt interpretieren zu wollen. Dadurch glauben wir die Quelle so vieler Irrtümer und Missverständnisse ausschalten zu können, die besonders in unserem Falle der Polemik ein unerquickliches Gepräge geben, einer Polemik, welche den Streit auch zwischen Vertretern derselben Meinung sich bloss um Begriffe drehen lässt, um schliesslich in unfruchtbaren terminologischen Diskussionen zu enden.

So sehen wir denn unsere Aufgabe klar vor uns: Wir wollen aus der Untersuchung der Wirklichkeit und der Folgeerscheinungen seiner Massnahmen die Gedanken und Motive zu ergründen suchen, welche Rašín leiteten, ohne diese Motive einer Kritik unterziehen zu wollen, ohne nach der Zweckmässigkeit und Richtigkeit seiner Massnahmen zu fragen. Wir glauben dies ausdrücklich feststellen zu müssen, da wir uns nicht überall mit seiner Meinung identifizieren können, zumal einige seiner Anschauungen unserer persönliche Überzeugung diametral entgegengesetzt sind. Trotzdem suchten wir immer objektiv zu bleiben und seine Gedanken in s e i n e r Einstellung auch dort zu geben, wo es sich um die stärkere Hervorhebung von bisher vernachlässigten oder falsch ausgelegten Seiten seines Werkes handelt. — Was die Quellen betrifft, aus denen wir bei der Bearbeitung des Stoffes schöpften, so war dies in erster Linie die Wirklichkeit, die wir unter Zuhilfenahme von Belegstellen aus Rašín's Reden und Schriften zu interpretieren suchten. Die Mitteilungen unserer Gewährsmänner, intimer persönlicher und politischer Freunde Rašín's, seiner Mitarbeiter und Mitberater, zogen wir zur Kontrolle der Richtigkeit unserer Auslegungen heran, wobei wir mit Genugtuung feststellen konnten, dass sie sich nur in Einzelheiten von unserer Auslegung unterscheiden.

Eine strenge Begrenzung unseres Arbeitsgebietes nur auf die Gedanken, welche die Währungsreform betreffen, war dadurch unmöglich, weil bei Rašín mehr als bei anderen die Währungspolitik mit der ganzen Wirtschaftspolitik eng verknüpft ist, nur einen Teil seiner Gedanken bildet, nur als Mittel zu einem sozusagen höheren Zwecke gedacht war, und ausserdem das Bild Rašín's nur nach dieser Seite hin nicht vollkommen wäre. Deshalb untersuchen wir zunächst die Einwirkungen auf die Wirtschaft und erst in einem besonderen Kapitel die Massnahmen seiner

eigentlichen Währungspolitik, wie sie uns das Bankamt u. die Vermögensabgabe darstellen. Die chronologische Darstellung wurde dabei lediglich aus Gründen der grösseren Übersichtlichkeit und Klarheit gewählt.

Wir halten es für unsere angenehme Pflicht, an dieser Stelle Herrn Professor Stephan Bauer (Basel) unseren wärmsten Dank auszusprechen, da er uns durch seine Beziehungen zu tschechoslovakischen Politikern die persönliche Fühlungnahme mit diesen ermöglichte. Zu grösstem Danke sind wir Herrn Dr. K. Kramář, Ministerpräsident a. D. verpflichtet, der uns in äusserst liebenswürdigster Weise entgegenkam und uns den Weg zu direkten Information in den Fachkreisen ebnete, deren wertvolle Mitteilungen wir in unserer Arbeit mit grossem Nutzen verwerten konnten.

A) Kurzer historischer Rückblick über die wirtschaftliche Entwicklung der letzten Jahre.

a) Der Krieg und seine Folgen für Wirtschaft, Währung und Finanzen.

Kriege werden im Allgemeinen finanziert, indem der Staat die effektiven Kapitalvorräte der Volkswirtschaft in Form von Anleihen und Steuern für sich mit Beschlag belegt oder seinen Bedarf über den Weg des Kredites bei der Zentralbank durch die Notenpresse deckt. In Österreich selbst ging man beide Wege. Zu der formellen Durchführung dieser Kriegsfinanzierung wurde gleich zu Beginn des Krieges durch kaiserliche Verordnung vom 4. August 1914, RGBl. Nr. 198 auf Grund des § 14 des Staatsgrundgesetzes vom 21. Dez. 1867, RGBl. Nr. 141 die Regierung ermächtigt, hinsichtlich der Geschäftsführung der österr.-ung. Bank auch von den Bankstatuten abweichende Bestimmungen zu treffen. Die Regierung machte von dieser Ermächtigung sofort Gebrauch und hob in den Statuten die Vorschriften der $^2/_5$ Deckung der Banknoten durch Metall, weiters die Vorschriften der Einlösung der Banknoten in gesetzliches Metallgeld und die Pflicht der Veröffentlichung der Ausweise auf.[1]) Dadurch wurde die österreichisch-ungarische Kronenwährung, welche durch freie Ausprägbarkeit der Goldmünzen bei gesperrter Silberprägung den Typus einer hinkenden Goldwährung darstellte, zur reinen Papierwährung. Die Regierung ging aber auf Grund der ihr erteilten Ermächtigung noch weiter: Die Bank hatte nämlich die Pflicht, von dem Banknotenkontingent, welches den Goldbestand um 600 Millionen K überstieg, eine Steuer von 5% zu zahlen. Diese Einrichtung, welche den Zweck hatte, die Notenausgabe der Bank durch Diskonterhöhung zu bremsen, benützte der Staat nun zum Gegenteil, indem er von der Bank 1600 Millionen auf 6% auslieh, gleich die Steuer von 5% abzog und infolgedessen nur 1% bezahlte. Die Kriegsanleihen, welche den Zweck haben sollten, diese schwebenden Schulden bei der Bank

[1]) Artikel 83, 84 und 104 der Bankstatuten.

in langfristige, fundierte Schulden umzuwandeln, wurden zu einer Quelle neuer Inflation. Der Staat zwang nämlich die Bank, die 5½% igen Kriegsanleihen mit 75% ihres Nominalwertes gegen 5% Zinsvergütung zu beleihen, zwang das Publikum indirekt durch materielle Vergünstigungen und durch psychischen Druck Kriegsanleihen zu zeichnen und zu lombardieren. Das ungeheuerliche der österreichischen Kriegsfinanzierung und der sich daraus ergebenden immensen Geldvermehrung wird daraus ersichtlich, dass die Bank gezwungen war, die vom Publikum mit 25% (und späteren Abzahlungen) gezeichneten Kriegsanleihen sofort mit 75% zu beleihen, ohne dabei die Identität der Beleiher zu prüfen, sodass das Publikum schliesslich an Ratenzahlungen und Lombardschulden mehr schuldete, als es überhaupt Anleihen gezeichnet hatte.

Durch alle diese Transaktionen nahm der Staat ungeheuere Verpflichtungen auf sich. Die festen Schulden vergrösserten sich um Milliarden von Kriegsanleihen, in weit grösserem Masse nahm die schwebende Schuld in Form kurzfristiger Staatsschuldverschreibungen zu, die in immer grösserer Anzahl von der österr.-ung. Bank als Grundlage der Notenemmission angenommen wurden, sodass die österr.-ung. Währung am Ende des Krieges zwar formell wie materiell[1]) eine Banknotenwährung darstellte, die aber zum weitaus grössten Teile durch Schuldverschreibungen des Staates gedeckt war, wie es aus der Gegenüberstellung der Bankausweise vor und nach dem Kriege ersichtlich ist: (Ausweis siehe nächste Seite.)

Durch Forderungen aus dem Wirtschaftsverkehr[2]) waren also am 26./10. 1918 von dem Umlaufe (+ Giroguthaben) per K 33.529 Mill. nur K 4.449 Millionen gedeckt, das durch den Staat gedeckte Kontingent betrug demnach K 29.079 Millionen, das ist 86,73% des ganzen möglichen Umlaufes.

---

[1]) Amonn (l. c. S. 1) spricht sie als falsche Banknotenwährung an, indem er in ihr formell eine Banknotenwährung, materiell aber Staatspapiergeld erblickt. Dies mit Unrecht, denn die öst.-ung. Währung ist nach wie vor formell u n d materiell Banknotenwährung geblieben, da durch keine Verfügung des Staates den Banknoten der österr.-ung. Bank ihr B a n k notencharakter entzogen wurde, wie es eine Änderung der materiellen Grundlagen erfordert hätte.

[2]) Rašín spricht von »privatrechtlicher« Deckung (Darlehen an die Regierung wohl öffentlichrechtlich?), ohne dass dieser Begriff irgendein Kriterium bilden könnte, denn auch die sogenannte »öffentlichrechtliche Deckung« (Schuldverschreibungen des Staates) unterliegen als solche dem Privatrecht.

Ausweise der österr.-ung. Bank (in Tausenden)

	28. Juni 1914	26. Oktober 1918	Veränder.
Aktiva:			
1. Gold	1.237·878	267·722	— 970·156
2. Devisen	60·000	17·286	— 42·714
3. Silber	291·368	57·323	— 234·036
4. Kassenscheine der Kriegsdarlehenskassen	—·—	100·241	+ 100·241
5. Wechseldiskont	767·830	2.812·946	+ 2.045·116
6. Lombarddarlehen	186·525	4.094·582	+ 3.908·057
7. Oest. Staatsschuld	60·000	60·000	—·—
8. Darlehen an die öst. Reg.	—·—	19.634·000	+ 19.634·000
9. Darlehen an die ung. Reg.	—·—	6.798·000	+ 6.798·000
10. Wertpapiere	17·618	57·177	+ 39·559
11. Hypothekardarlehen	299·994	280·667	— 19·327
12. Kassenscheine	—·—	2.929·240	+ 2.929·240
13. Sonstige Aktiva	115·292	1.198·106	+ 1.082·814
	3.036·505	38.307·299	+ 35.270·794
Passiva:			
1. Aktienkapital	210·000	210·000	—·—
2. Reservefonds	32·160	42·190	+ 10·030
3. Notenumlauf	2.129·759	30.679·675	+ 28.549·916
4. Giroguthaben	291·270	2.849·017	+ 2.557·747
5. Pfandbriefe im Umlauf	291·267	274·721	— 16·564
6. Kassenscheine	—·—	2.929·241	+ 2.929·241
7. Sonstige Passiva	82·049	1.322·455	+ 1.240·406
	3.036·505	38.307·299	+ 35.270·794

Durch dieses Wirtschaften des Staates musste naturgemäss die ganze übrige Wirtschaft mit getroffen werden. Durch das zusätzliche Einkommen hatte der Staat die Möglichkeit, für Güter und Leistungen höhere Preise zu bezahlen und er erhöhte auf diese Weise das Einkommen bestimmter Volksschichten, welche ihrerseits die grössere Kaufkraft durch grössere Nachfrage auf dem Markte geltend machten. Die Gütermenge war andererseits dem Markte vom Staate vorweggenommen, sodass die unausbleibliche Folge eine Preissteigerung war, die wiederum zur Einkommenserhöhung aller übrigen Volksschichten zwang.

Um die Folgen dieser Störung des Gleichgewichtes zwischen Produktion und Konsum, die in einem ständig steigenden Preisniveau zum Vorschein kam, einzudäm-

men, führte der Staat die gebundene Wirtschaftsweise ein, deren System der Rationalisierung der Lebensmittel und amtlichen Preisfestsetzung den Zweck haben sollte, die Befriedigung der Bedürfnisse der gesamten Bevölkerung zu garantieren. Durch Mängel der technischen Organisation, sowie durch schwere Erfassbarkeit sämtlicher Vorräte, welche infolge der von der wohlhabenderen Bevölkerung bereitwillig gezahlten höheren Preise verheimlicht wurden, kam es aber, dass zu dem amtlich festgesetzten Preise fast gar nichts mehr gekauft werden konnte, sodass die Bevölkerung letzten Endes doch auf den Schleichhandel angewiesen war und den Preis bezahlen musste, welcher der tatsächlichen Knappheit an diesen Gütern entsprach und der den amtlichen Preis um das 3—5fache überstieg.

Diese Verschiebung im Konsum der Bevölkerung wirkte sich notwendigerweise auch in der Produktion aus, welche die Kluft, die sich innerhalb der einzelnen Schichten der Bevölkerung gebildet hatte, deutlich zur Geltung brachte. Während es dem Gros der Bevölkerung mitunter an dem Allernötigsten fehlte, entstand in der Zahl der neuen Reichen ein anspruchsvoller Konsument, der das Beste vom Besten haben wollte und eine Reihe von Fabriken für Luxusgegenstände aller Art ins Leben rief. Die Wirtschaft selbst entkleidete sich ihres wirtschaftlichen Charakters, der wirtschaftliche Erfolg lag nicht mehr im planmässigen Handeln, sondern in der mehr oder weniger glücklichen Spekulation. In den Betrieben selbst ging die Wirtschaft va banque, es war nicht die Zeit vorhanden, alte Einrichtungen durch neue zur ersetzen, man begnügte sich mit der allernotwendigsten Instandhaltung der Betriebe.

In den Ländern der Böhmischen Krone, dem Gebiete der späteren Republik, welche die Verpflegung der Monarchie mit landwirtschaftlichen und industriellen Produkten zum Grossteil auf sich zu nehmen gezwungen war, musste dieser Raubbau besonders tiefe Spuren hinterlassen. Der Ackerbau war durch ungenügende Bodenbearbeitung erschöpft, der Viehbestand gesunken, die Einrichtungen der Betriebe abgebraucht und nicht erneuert, das Verkehrswesen ging durch Vernachlässigung des Bahnkörpers und des Fahrparkes der Auflösung entgegen.

Soweit die spärlichen statistischen Aufzeichnungen jener Zeit erkennen lassen, bieten diese Länder folgendes Bild dar. Die ungenügende Düngung lässt den Bodenertrag ständig sinken, der Viehbestand nimmt ab, wogegen das Wachsen der Zahl der Ziegen die durch die Schlachtung der Kühe eingetretene Verminderung der Milchproduktion wettmachen sollte.

Der Ernteertrag in Böhmen, Mähren und Schlesien in Doppelz. pro ha.

	1904/13	1914	1915	1916	1917	1918	1919
Weizen	17.4	17.7	12.8	10.7	8.2	8.6	12.4
Roggen	15.4	15.1	10.0	8.9	7.5	8.4	11.3
Gerste	17.6	19.8	10.5	13.0	7.0	8.5	13.0
Hafer	13.9	18.2	7.4	11.2	5.1	8.3	12.1
Hülsenfrüchte	11.4	13.6	6.5	9.6	3.3	4.9	10.4
Kartoffel	101.3	116.6	94.0	59.5	61.2	60.2	63.0
Zuckerrübe	260.6	284.0	259.7	230.2	158.0	247.8	207.5
Hanf	7.7	7.9	7.1	6.1	5.1	5.4	5.5
Grünfutter	30.7	37.6	20.9	22.6	9.0	14.4	15.4

Der Viehbestand in Böhmen, Mähren und Schlesien:

	Pferde	Kühe	Ochsen	Rindvieh zus.	Ziegen	Schweine
1910	250.428	1,122.152	341.675	2,290.587	406.362	1,012.798
1915	183.462	1,069.734	251.627	2,271.755	440.750	677.746
1917	189.508	1,000.423	280.232	2,223.228	528.300	397.239
1918	191.577	923.659	183.684	1,549.738	536.834	446.323
1919	199.427	928.425	185.188	1,644.939	605.229	471.799

Aber alle diese Einwirkungen des Krieges auf die Volkswirtschaft eines Landes würde den Staatsmann nicht mit Besorgnis erfüllt haben, wenn er sich bewusst gewesen wäre, dass der Krieg den Hauptfaktor der Prosperität eines Landes, nämlich die Bevölkerung, nicht angegriffen hätte. Hier zeigen sich aber die weitaus traurigeren Folgen. Abgesehen von den Verlusten an Menschen gerade des produktivsten Alters am Kriegsschauplatz, wandelt sich der Zuwachs der Bevölkerung von durchschnittlich 80.000 im Jahr (für die Länder der böhm. Krone) in eine ständig wachsende jährliche Abnahme um:

Statistik der Bevölkerungsbewegung.:

	Eheschliessungen	Geburten	Todesfälle	Geburtenüberschuss
1904/13	72.827	287.515	201.708	+ 85.807
1914	58.552	257.265	181.981	+ 75.284
1915	37.188	188.657	193.900	— 5.243
1916	32.726	132.818	179.796	— 46.978
1917	37.354	119.938	182.554	— 62.616
1918	55.242	113.489	237.729	— 114.240

Krankheit, Seuchen, Unterernährung und vernachlässigte Erziehung treffen gerade die neue Generation, welche das Land nach Kriegsende aufbauen soll, eine Generation, welche der Krieg gerade in ihrer ersten Jugendzeit traf und welche die durch Darben in den Zeiten der körperlichen Entwicklung verursachte Untüchtigkeit durch ihr ganzes Leben nicht mehr einholen wird.

Statistik des Landesgerichtes in Prag.

a) Übertretungen:

Jahr	Gesamtzahl		Körpersicherh.		Diebstahl		Verdächt.-Ankauf		Kuppelei	
	A	B	a	b	a	b	a	b	a	b
1912	84.493	98.360	22.676	14.380	28.380	16.835	1.255	561	178	95
1913	87.976	102.665	23.166	13.179	29.621	17.351	1.399	622	162	76
1914	78.650	92.458	19.253	10.609	29.595	17.230	1.180	485	219	104
1915	70.362	80.476	11.807	6.394	31.225	18.905	1.382	712	169	83
1916	63.802	70.757	9.409	4.852	33.081	19.774	1.659	816	152	80
1917	67.522	73.253	7.160	3.424	53.942	32.620	2.119	1.209	68	43
1918	58.537	62.982	6.961	3.365	50.634	30.215	3.983	1.979	53	29
1919	72.946	78.387	9.404	4.830	49.799	30.760	3.910	2.123	62	39
1920	81.174	87.002	12.906	7.263	48.704	33.437	4.107	2.080	73	32

b) Verbrechen:

Jahr	Gesamtzahl		Schwere Körperbesch.		Diebstahl		Vergewaltigung	
	A	B	a	b	a	b	a	b
1912	4.254	4.541	593	430	1.830	1.383	367	254
1913	4.311	4.631	483	353	1.905	1.483	363	236
1914	3.571	3.812	416	267	1.761	1.372	340	242
1915	3.052	3.250	209	126	1.998	1.551	238	163
1916	3.313	3.468	140	92	2.839	2.103	189	116
1917	5.218	5.422	105	67	5.378	4.163	86	59
1918	8.547	9.102	107	87	9.552	7.089	63	42
1919	11.444	11.956	179	104	13.116	9.894	90	59
1920	17.269	17.866	332	181	17.052	13.927	189	141

A = Gesamtzahl der Verurteilten
B = Gesamtzahl der Fälle
a = Zahl der Gerichteten
b = Zahl der Verurteilten

Weitaus mehr als der körperliche Fonds der Bevölkerung wurde aber ihre Psyche in Mitleidenschaft gezogen.

Zwar nimmt die Kriminalität mit Ausnahme der Eigentumsdelikte, bei denen der Hunger das treibende Motiv bildet, ab, insbesondere weisen die für die Beurteilung der Volksmoral wichtigen Sittlichkeitsdelikte einen Rückgang auf, aber die Arbeitsfreudigkeit der Bevölkerung ist geschwächt, der Sinn für Ordnung und der Glaube an Gerechtigkeit stark ins Schwanken geraten. Durch Verbreitung neuer Ideen, der Religion der Zerstörung, deren Verwirklichung den Menschen das Paradies bringen sollte, und durch Tausende von Heimkehrern[1]), denen keine Arbeitsgelegenheit beschafft werden konnte, wurde der fieberhafte Zustand der Volkspsyche nur noch verschärft und zeigt sich in den Nachwirkungen erst eigentlich nach dem Kriege.

Das waren die materiellen und psychologischen Entwicklungsbedingungen, aus denen die Geschichte der Nachkriegszeit mit all ihrem Jammer erwächst, das waren die Strömungen, aus welchen die Politik der Gewalt und der politischen Morde entsprang und denen auch Rašín zum Opfer fiel. Es sind eben dieselben Grundlagen, auf denen ein neuer Staat errichtet werden sollte, ohne staatliche Erfahrung, mit einem vollkommen demoralisierten Verwaltungsapparat ausgestattet, der ihm als Erbe von der alten Monarchie hinterlassen wurde. Die führenden Männer verzweifelten aber nicht und gerade die richtige Erkenntnis des Übels an seinem Herd ist es, die Rašín bei jeder seiner Massnahmen die psychologischen Folgen gebührend beachten lässt, ihm die Heilung dieses fieberhaften Zustandes zur vornehmsten Aufgabe macht und die dadurch jeder seiner Massnahmen den Stempel einer feinen Analyse der Volkspsyche aufdrückt.

b) Die erste Nachkriegszeit bis zur Abstempelung der öst.-ung. Banknoten.

In der ersten Nachkriegszeit wirken sich erst die Folgen des Krieges voll aus. Mit dem Zerfall der alten österreichisch-ungarischen Monarchie wird eine Reihe neuer staats- und völkerrechtlicher Verhältnisse geschaffen, unter welchen wohl die Entstehung der neuen Staaten die wichtigsten sind. Die Verselbständigung der staatlichen Verwaltung konnte nur schrittweise erfolgen, eine Reihe

[1]) »Sie Alle, die heimkehren..., sind nicht mehr, die sie waren; sie haben in Tiefen geblickt und tragen den dunklen Abglanz in ihren Augen.« (Rathenau, Die Neue Wirtschaft.).

von Einrichtungen wurde übernommen[1]) und erst allmählich durch eigene Einrichtungen des neuen Staates ersetzt.

Unter den übernommenen Institutionen war wohl die wichtigste die Währung. In den Währungsverhältnissen herrschte das grösste Chaos, über die wahren Grundlagen des Währungssystems war man vollkommen im Unklaren. Es war vor allem erwiesen, dass grosse Massen von Geldzeichen in den Verkehr gebracht worden waren, und so wollte Rašín dieser Inflation zunächst durch ein internationales Eingreifen entgegentreten. Es kam jedoch nicht dazu, sei es, dass sich die Allierten die Wirren einer weiteren Inflation nicht vorstellen konnten, sei es, dass ihnen ein Eingriff in die Rechte der besiegten Staaten nicht gelegen kam. Es tat also not, vorläufig ohne Einvernehmen mit der Entente vorzugehen, umsomehr als die öst.-ung. Bank ihre Notenpresse in schnellere Bewegung setzte und eine gemeinsame Staatsnotenwährung auf die Dauer unmöglich wurde. Man wollte zunächst dennoch eine gemeinsame Währung unter folgenden Bedingungen beibehalten: Jeder Nachfolgestaat erhält das Recht der Kontrolle der Kredit- u. Emmissionstätigkeit der Bank durch einen Kommissär, die Bank darf keine Kriegsanleihen lombardieren und den Staaten ohne Zustimmung der Kommissäre keine Darlehen gewähren. Auf die zweite Bedingung ging die Bank nicht ein, und so verbot die Regierung den auf dem tschechosl. Gebiete befindlichen Filialen diesen Lombard. Dieses Verbot begründete man damit, dass die Kriegsanleihen durch Lombard, der sehr erleichtert werden war, in Geld umgewandelt wurden, und die Zahl der lombardierten Kriegsanleihen zeigt, dass diese Befürchtung begründet war: An einem Tage wurden allein für 609 Mill. Kronen Anleihen bei der öst.-ung. Bank zum Lombard vorgelegt, in der Zeit vom 26. X. 1918 bis 26. II. 1919 stieg die Summe der lomb. Anleihen von 4.094·5 Mill. auf 9.319 Mill. (dies entspricht einem Nominale von 5.459 Millionen), d. h. in diesen 4 Monaten wurde um eine Milliarde mehr Noten ausgegeben, als in der ganzen Kriegszeit zusammen.

Dadurch, sowie durch die Nichtbeachtung der dritten Bedingung seitens der österr.-ung. Bank sah sich die Regierung gezwungen, den Schutz der Währung energisch in Angriff zu nehmen und die Loslösung von der alten Währung vorzubereiten. Ein vollständiger Austausch der

[1]) Durch das Gesetz vom 28. X. 1918, Nr. 11, Absatz 2—3, wurden ursprünglich a l l e rechtlichen Institutionen übernommen, um dadurch einen Zustand der Rechtslosigkeit und der sich daraus ergebenden Rechtsunsicherheit unmöglich zu machen.

alten Noten gegen neue Geldzeichen war in der kurzen Zeit nicht möglich, und so beschloss denn die Nationalversammlung in der Sitzung vom 25. Feber 1919, den Finanzminister mit der Abstempelung der Noten und zugleich mit der Zurückbehaltung von 50% des vorgelegten Betrages als unkündbare, 1%ige Staatsanleihe zu betrauen. Die Abstempelung musste rasch vorsich gehen und so wurde denn in der Nacht vom 25. auf den 26. Feber 1919 jeder Verkehr mit dem Auslande auf eine Woche unterbunden, die Grenzen mit Militär besetzt und die Abstempelung glatt durchgeführt.

Die Idee einer Abstempelung an und für sich als technisches Mittel der Währungstrennung von der öst.-ung. Währung war in der demaligen Zeit und schon vor dem Umsturz von verschiedenen Seiten und in verschiedenen Formulierungen ventiliert worden und kristallisierte sich in ihrer Gänze schon in den ersten Beratungen über die Währungstrennung aus dem Chaos der Meinungen und Ansichten aus[1]).

Das unvergängliche Verdienst Rašíns besteht darin, diese Massnahmen nach reiflicher Überlegung und mehrfacher Durchberatung in einem Kreise eingeweihter Fachleute[2]) in den Rahmen einer einheitlichen Währungspolitischen Konzeption einzugliedern und ihre technische Durchführung durch seine organisatorische Umsicht und Energie zu sichern.

Er nahm diese Idee auf und setzte seine ganze Persönlichkeit für sie ein, denn er hatte die seltene Eigenschaft, Gedanken in die Wirklichkeit projizieren zu können und durch seine persönlichen Gaben eines Staatsmannes, der nicht nur die Praxis, sondern auch das gesamte staatliche Gefüge und den komplizierten Parteiapparat beherrscht, seine Schwierigkeiten zu überwinden versteht und ihn ganz in den Dienst dieser Idee zu stellen vermag, diesen Gedanken auch den praktischen Erfolg sichert[3]). Und darin liegt eben die Bedeutung Rašín's als Politiker, dass er alle Eigenschaften seiner starken Persön-

---

[1]) Vergl. darüber die Reminiszenzen Pospíšil's an die ersten Beratungen über die Währungstrennung in der Gedenkschrift der Prager Stadtsparkasse anlässlich ihres 50-jährigen Bestehens. (Dr. V. Pospíšil: »Půl století městské spořitelny Pražské«, Prag 1925, S. 87 ff.).

[2]) Wie Rašín in seinem »Finanzplan« selbst hervorhebt, war sein Plan als Ganzes, sowie die Durchführung einzelner Bestandteile die Frucht reiflicher Beratungen und Überlegungen eines engen Kreises eingeweihter Fachleute, dem, nach den uns zugegangenen Informationen, angehörten: Dr. Preiss, † Prof. Koloušek, Dr. Pospíšil, Ober-

lichkeit in den Dienst eines von ihm als richtig erkannten Gedankens stellt und diesen Gedanken mit der ihm eigenen Energie in die Tat umzusetzen versteht.

Was die technische Durchführung der Abstempelung betrifft, so wollte man ursprünglich alle vorgelegten Banknoten mit einem Stempel überdrucken, da ein Austausch gegen neue Geldzeichen, wie bereits erwähnt, nicht möglich war. Der Gedanke eines die technische Manipulation wesentlich vereinfachenden Klebestempels stammt, der uns zuteil gewordenen Mitteilungen nach, von Pospíšil, der auch in der Folge, als die ursprünglich in Aussicht genommenen Vorbereitungen notwendiger Mengen im Voraus mit Klebestempeln versehenen Banknoten sich als schwierig erwiesen hat, die Meinung vertrat, dass der Stempel nicht von den Abstempelungskommissionen auf die Banknoten anzubringen ist, sondern vom Publikum selbst, dem der Gesamtbetrag an Stempeln für die vorgelegten Banknoten von den Kommissionen ausgehändigt wird. Nur dadurch aber konnte die ganze Abstempelungsaktion glatt und reibungslos durchgeführt werden[1]).

Der neuen juristisch selbständigen Währung liegt das Gesetz vom 10. April 1919, Nr. 187 der S. d. G. u. V. zu Grunde. Dieses kurze Gesetz bestimmte in seinen 12 Paragraphen die Grundsätze, auf denen die neue Währung aufgebaut werden sollte. Gleich im § 1 bestimmt es einzig den Staat für berechtigt, Geldzeichen auszugeben, erklärt die abgestempelten Noten der österr.-ung. Bank für gesetzliches Zahlungsmittel, die ungestempelten für ungültig, der neuen Währungseinheit wird der Name »tschechoslowakische Krone«, abgekürzt Kč gegeben. Der Umrechnungskurs wird in der Art und Weise bestimmt, dass 1 Kč einer alten österr. Krone gleichgesetzt wird. Die gestempelten Noten wurden also zu Staatspapiergeld, d. h. jeder Notenbesitzer ist Gläubiger des Staates geworden, der wie-

---

Direktor Aug. Novák, Dr. Roos, Sektionschef Leopold, Direktor Kučera. Die Frucht dieser Beratungen, von Rašín selbst als »Enquêten« benannt, waren alle wichtigen Massnahmen der Währungspolitik, wie die Gesetze über die Banknotenabstempelung, das Bankamt und die Vermögensabgabe.

[3]) »Wir müssen uns ein möglichst klares Bild machen, was unbedingt am ersten Tage zu geschehen hat, was am zweiten und dritten, und was ein wenig warten kann«, sagte Rašín immer.

[1]) Auf ausdrücklichen Wunsch des Herrn Gouverneurs Dr. Pospíšil verzichten wir darauf, seine Rolle in der Währungspolitik zu beleuchten. Dies wird Gegenstand einer speziellen Untersuchung sein, welcher in dieser Schrift nicht vorgegriffen werden soll.

derum als einziger Gläubiger an die österr.-ung. Bank herantreten kann. An dem Rechtsverhältnis zwischen der österr.-ung. Bank und den von ihr ausgegebenen Noten wird dadurch nichts geändert. Die so übernommene unfundierte Staatsschuld wird vom Finanzminister verwaltet.

Bei der Abstempelung wurde zunächst ein Umlauf von 8.017 Millionen an Noten und 1.617 Mill. an Girokonten festgestellt, insgesamt also 9.630 Mill. Die 50%-ige Restriktion dieses Betrages hätte eine Summe von über 4·5 Milliarden ergeben müssen, tatsächlich wurden jedoch nur 2.447 Millionen Noten und 413 Mill. Girokonten, zusammen also 2.860 Millionen zurück behalten, da einmal alle kleineren Beträge von der Restriktion freigegeben wurden und hauptsächlich die Kassenbestände des Staates und der öffentlichrechtlichen Körperschaften ausgenommen waren. Die also zunächst übernommene Zahlungsmittelmenge betrug insgesamt 6.770 Millionen Kronen.

Stellt nun die Abstempelung währungspolitisch ohne Zweifel die Nationalisierung der Währung dar, so herrschen über die Auslegung des währungspolitischen Inhaltes der Restriktion die weitverbreitetsten Irrtümer. Man argumentiert: Rašín hat durch sein Bekenntnis zur »Deflationspolitik« die klare Absicht ausgesprochen, den Wert der Krone gewaltsam zu heben; die Hebung des inneren Wertes der Kč ist aber nur der Ausdruck eines niedrigeren inländischen Preisniveaus; da aber Geldmenge und Preisniveau miteinander in ursächlichem Zusammenhange stehen, so findet die Restriktion des Umlaufes ihre einfache Erklärung darin, dass Rašín eine Herabsetzung des Preisniveaus wünschen musste und sie mechanisch durch Restriktion der Geldmenge zu erreichen suchte.

Nun, die theoretische Erklärung geht hier von dem Begriffe der Deflation aus, ohne aber zu bedenken, dass dieses überhaupt sehr unklare Wort in Rašín's Munde eine ganz andere Bedeutung und einen wesentlich verschiedenen Inhalt hat. Fasst man die Deflation als »Herabsetzung der Wirtschaftszahlen« auf[1]), so ergibt sich allerdings mit zwingender Notwendigkeit die Restriktion des Umlaufes als Methode dieser Politik.

Ohne hier an dieser Stelle[2]) auf die Erklärung des Rašín'schen Deflationsbegriffes eingehen zu wollen, war Rašín's Ziel nicht die Senkung des Preisniveaus. In seiner

---

[1]) In Anlehnung an die bekannte Lehre von den Wirtschaftszahlen (Engliš) definiert.

[2]) Siehe weiter unten, Seite 68.

Begründungsrede zum Abstempelungsgesetz vor der Nationalversammlung am 25. Februar 1919 weist er klar und eindeutig die (ihm später aus unklärlichen Gründen immer wieder zugeschriebene) Ansicht ab, dass eine Herabsetzung der Umlaufsmenge eine Preissenkung zur Folge haben könnte und bezeichnete diese Ansicht als Naivität, welcher er sich nie hingeben könne. Rašín sieht in der Inflation einen Prozess, durch welchen der Inhalt der Geldeinheit losgelöst wird von jeder rationalen Wirtschaftsrechnung, er sieht, dass durch die Inflation jedes Wirtschaften irrational geworden ist und dass die Zentralbank durch unmässige Geldschöpfung und durch Ausschaltung des Diskontsatzes die Beherrschung des Geldmarktes und somit die Regulierung der gesamten Wirtschaft verloren hat; er sieht als Heilung der Inflation zunächst die Wiedereinführung der Kreditwirtschaft an und d i e s e r Gedanke ist es, der ihn die sofortige Zurückbehaltung der Banknoten als Antizipierung der Vermögensabgabe durchführen lässt. Er glaubt, durch eine sofortige Restriktion der umlaufenden Geldzeichen rascher zur Beherrschung des Geldmarktes durch das Bankamt zu kommen, er hofft dadurch schneller zu seinem Ziele, nämlich über die Beherrschung des Geldmarktes zu einer unabhängigen aktiven Politik der Zentralbank zu gelangen. Es ist ihm also nicht um die direkte, m e c h a n i s c h e Beeinflussung der Preise zu tun — im weiteren Sinne ist ja eine jede Währungspolitik vornehmlich Geld w e r t politik — und es ist klar, dass man daher von einem Rašín'schen Quantitätstheoretischen Experimente nicht gut sprechen kann[1]).

Mit der Abstempelung und der Restriktion des Umlaufes um 2 Milliarden war aber der Rašín'sche Plan bei weitem noch nicht erschöpft, die Verselbständigung der čs. Währung war erst der Grundpfeiler, auf dem sich der Rašín'sche Sanierungsplan aufbauen konnte. Es ist klar, dass der Auffassung, welche diese seine Massnahmen in ihrer Bedeutung überschätzt und in dem der Restriktion nicht nachfolgenden Preisfalle einen Misserfolg des ganzen Planes erblickt, notwendigerweise der tiefere Inhalt seiner aktiven währungspolitischen Massnahmen, wie sie die miteinander eng verbundenen Institutionen des Bankamtes und der Vermögensabgabe verkörpern, entgehen muss. Wir erblicken hingegen in der Schaffung einer selbständigen Währung nur die erste Etappe einer Politik, nur eine conditio sine qua eine wahrhaft selbständige Währungspolitik unmöglich gewesen wäre.

---

[1]) Vergl. Seite 69 ff.

B) Die Politik Rašíns und ihre Auswirkungen.

a) Die Zeit des allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Niederganges, vom Ende des Krieges bis Ende 1921.

Wir haben bereits im Vorigen auf die tiefgreifenden Veränderungen hingewiesen, welche der Krieg in der Wirtschaft und Bevölkerung hinterlassen hatte. Durch die Kriegszeit hindurch konnte nun der befehlende Wille einer zentralisierten Verwaltungswirtschaft die volle Auswirkung dieser Folgen hintanhalten. Mit der Auflösung der Monarchie aber und mit dem sich daraus ergebenden Chaos werden diese Folgen erst deutlich fühlbar und verschärft durch die Umstellung der Kriegs- auf die Friedenswirtschaft, welche, sich selbst überlassen, ohne führende Hand das zentral-kollektivistische Prinzip der Kriegswirtschaft wieder durch das individualistische ersetzen musste. Diese Tatsachen, verbunden mit einer nachteiligen Umwandlung der Volkspsyche, lassen uns den eigenartig fieberhaften Zustand erkennen, der die erste Nachkriegszeit charakterisiert und dessen Heilung sich eine bewusste Wirtschaftspolitik zur ersten und vornehmsten Aufgabe setzen musste.

Als Mitte März 1919 die tschech. Krone zum ersten Male in Zürich zur Notierung kam, lag der internationale Güterverkehr noch still. Das Land war durch die lange Blockade fast ausgehungert, die Produktion stand infolge Rohstoffmangel still, an dem Allernötigsten fehlte es. Die nun sofort einsetzenden grossen Importe von Lebensmitteln und den wichtigsten Rohstoffen, denen keine entsprechende Ausfuhr entgegengestellt werden konnte, hätten eine grosse Belastung der Zahlungsbilanz und mithin einen nachteiligen Einfluss auf die Kursentwicklung ausüben müssen, wenn die Bezahlung dieser Importe seitens der Vereinigten Staaten von Nordamerika und England nicht auf einen späteren Termin verschoben worden wäre. Dabei suchte die Regierung alles zu tun, was in ihren eigenen Kräften stand, um aus diesen unerfreulichen Zuständen hinauszukommen und eine Reihe von

Verordnungen, betreffend Ein- und Ausfuhrverbote, strenge Überwachung des Devisenverkehres, Verbot von Auslandsreisen etc. sollten die ins Schwanken geratene Zahlungsbilanz ausgleichen helfen. Die Hilfe der Vereinigten Staaten und England hatte nämlich unterdessen aufgehört und die nun eingesetzte sozialistische Regierung setzte die Getreideimporte in erhöhtem Masse fort, verkaufte aber im Inlande zum Inlandspreise, der tief unter dem Weltmarktpreise stand, sodass der Staat hier ungeheuere Summen verlor.

Diese immensen Importe konnten nicht ohne Einfluss auf die Zahlungsbilanz bleiben, und eine ihrer stetig wachsenden Belastung entsprechende abwärts gleitende Kursbewegung der Kč sind der äussere Ausdruck dieser Umstände. Die internationale Spekulation unterstützte noch diese Abwärtsbewegung und die Kursschwankungen der ersten Monate, wo Unterschiede von mehreren Prozenten im Verlaufe weniger Tage durchaus nichts Seltenes waren, lassen erkennen, dass die Bewertung der Kč zum grössten Teile von der Spekulation geleitet wurde, die sich über den wahren inneren Wert der neuen Währungseinheit noch im Unklaren befand.

Die Regierung hätte nun, um diesem Treiben ein Ende zu machen, die Kursgestaltung gerne in die Hände bekommen, ihre eigenen Mittel waren aber zu schwach, um einen Kampf gegen die Spekulation mit Aussicht auf Erfolg aufnehmen zu können, andererseits hatte das Land keine Möglichkeit, im Auslande Kredit zu erhalten, mit dessen Hilfe es an einen Wiederaufbau denken konnte. Es war nämlich das Budget durch die oben erwähnten »Geschäfte« der Regierung labil geworden und schon das präliminierte Defizit betrug

	1919	1920
Einnahmen	3.710 Mill.	10.426 Mill.
Ausgaben	8.615 „	15.278 „
Defizit	4.905 „	4.852 „

wobei das Fallen des Kurses der Kč eine sichere Perpektive in die Entwicklung des Staatshaushaltes unmöglich machte. Auch die innerwirtschaftliche Lage mit den nunmehr einsetzenden sozialen Unruhen war nicht dazu geschaffen, die Kreditwürdigkeit der Republik zu erhöhen, sodass sie gerade in jener schwersten Zeit vollkommen auf sich selbst angewiesen war und durch eigene Arbeit und Anstrengung einen Ausweg finden musste.

Das Fallen des Kronenkurses war durch die Verschlechterung der Zahlungsbilanz infolge erhöhter Rohstoffeinfuhr wohl begründet. Auch das vergrösserte Defi-

zit, das durch die aussergewöhnlichen sozialpolitischen Aufwendungen der Regierung entstanden war, trug nicht dazu bei, das Vertrauen des Auslandes in die Weiterentwicklung des Kronenkurses zu bestärken. Ein Blick auf den Kurszettel überzeugt uns, dass die Abwärtsbewegung des Kronenkurses parallel mit dem Kurse der Mark und der österr. Krone erfolgt. Woher kommt diese auffallende Verkettung der Kurse dieser drei Währungen, welche materiell auf den verschiedensten Grundlagen aufgebaut, doch eine übereinstimmende Kursentwicklung aufweisen? Man erklärte die Verkettung der invalutarischen Kurse dieser drei Währungen mit der innigen Verflechtung der gesamten wirtschaftlichen Interessen dieser drei Länder, ohne aber zu bedenken, dass die infolge der Inflation in Deutschland abwärts gleitende Bewegung der Mark nicht im Stande gewesen wäre, die Kč mit sich zu reissen, falls nicht andere tiefere wirtschaftliche Ursachen ein Fallen des Kronenkurses erleichtert hätten. Die eigentliche Ursache war in der Tschechoslovakei ebenso wie in Deutschland die zu jener Zeit einsetzende Inflation, welche zwar nicht durch eine Geldvermehrung gleichen Stiles wie in Deutschland verursacht war, nichtsdestoweniger in typischer Weise vor sich ging. Waren nun einmal die primären Grundlagen einer möglichen Abwärtsbewegung gegeben, so war es den deutschen und tschechischen Exporteuren mit ausgiebiger Unterstützung der Spekulation ein Leichtes, eine gewisse Parallelität der beiden Währungen aufrecht zu erhalten, zumal auch die Regierung infolge der damals seitens der deutschen Regierung bereitwillig gewährten Markkredite dieser Entwicklung nicht wirksam entgegentreten konnte. Dabei war das Interesse der tschechoslovakischen Exporteure und Produzenten an der Parallelität der Kč zur Mark derart gross, dass von diesen Kreisen eine amtliche, offizielle Stabilisierung des Kronenkurses zur Mark gefordert wurde.

Auch Rašín sah in dieser Verkettung der wirtschaftlichen Interessen beider Länder die eigentliche Ursache der Kronenbaisse und er sucht daher zunächst die tschechoslov. Exporteure mit allen Mitteln zu zwingen, die »ausgefahrenen bequemen Geleise« zu verlassen und dem Export neue Wege zu öffnen. Er verkennt dabei die primäre Ursache und weiss nicht, dass durch eine noch so starke Emanzipierung der tschechoslovakischen von der deutschen Wirtschaft lediglich die Parallelität der Kurse verloren gehen könnte, dass aber die Ursache eines weiteren Fallens der Kč damit noch nicht beboben sei. Die Tatsachen zeigten auch, dass erst mit der Einstellung der Inflation ein weiterer Kursfall unmöglich wurde, trotzdem der

Umfang der tschechisch-deutschen wirtschaftlichen Beziehungen nicht abgenommen hatte; aus der Entwicklung des Kronenkurses geht weiter hervor, dass die gegenseitigen wirtschaftlichen Beziehungen nicht im Stande sind, eine derartig starke Rückwirkung auf die intervalutarischen Kurse der Währungen auszuüben, indem der Kurs der inflationskranken Währung den Kurs der vollkommen gesunden Währung mit sich zu reissen vermöchte. So findet denn dieses »Mit-sich-gerissen-werden« der Kč seitens der Mark seine Erklärung darin, dass die Inflation in der ČSR[1]) die primäre Ursache der Kursverschlechterung der Kč bildete, die erst an zweiter Stelle durch die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der ČSR und Deutschland mit der Bewegung der Mark in Einklang gebracht wurde.

Es wurde bereits erwähnt, dass für die, nunmehr mit Rohstoffen versehene Wirtschaft eine Periode der Hochkonjunktur einsetzte. Neue Unternehmungen wurden gegründet, das Aktienkapital alter Betriebe erhöht, Banken aller Art und Grösse wurden in überstürzter Hast ins Leben gerufen. Das eigenartig Spekulative, welches eine Inflationswirtschaft charakterisiert, hatte sich jedes wirtschaftlichen Handelns bemächtigt, alle Gewinne resultieren aus dem fallenden Werte der Geldeinheit, die steigenden Preise machen eine jede, auch noch so unwirtschaftliche Produktion rentabel, eine genaue Kalkulation überflüssig, der fallende Kurswert bietet eine wilkommene Exportprämie dar.

In dieser Lage waren die Produzenten eher geneigt, den Arbeitern höhere Löhne zu bewilligen, zumal sie die Möglichkeit hatten, die Lohnerhöhungen in den Preis des Produktes und somit auf den Konsumenten abzuwälzen. Die Lohnerhöhungen, welche mitunter sprunghaft vor sich gingen und im Laufe von zwei Jahren das dreifache be-

Der Durchschnittslohn der Bergarbeiter in Kč (ohne Naturalien).

(Pro achtstündige Schicht.)

	Braunkohle	Erzbergwerke	Steinkohle	Durchschnitt
1919	18·71	18·64	18·52	18·38
1920	41·47	32·40	39·37	39·27
1921	59·58	42·20	55·74	56·03
1922	54·92	39·50	51·47	52·17

[1]) Vergl. Seite 27 f.

tragen (nach beigefügter Tabelle), hatten eher politische und psychologische als wirtschaftliche Ursachen. Politisch hatte nämlich die Arbeiterschaft nach Kriegsschluss infolge der allgemeinen Reaktion gegen die beherrschende Gewalt ihre Position stark gefestigt und ihre Regierung dokumentierte diese Überlegenheit dadurch, dass sie die soziale Klasse der Arbeiter ohne Rücksicht auf die Wirtschaft und vielfach direkt auf Kosten der anderen Klassen bevorzugte und ihre ganze Politik auf diktatorische Erhöhung der Arbeitereinkommen konzentrierte; psychologisch wurde diese Politik innerhalb der Arbeiterschaft unterstützt durch den Glauben an eigene Überlegenheit und durch das Gefühl der Macht, wie es dem Arbeiter nur die Lehre des Bolschewismus einflössen kann. Es ist also kein Wunder, dass diese Kampflust sich in einer ständig wachsenden Zahl von Streiks erkennbar machte, wo auf der anderen Seite das in der Praxis angewendete Prinzip der Entlohnung »jedem nach seinen Bedürfnissen« die Produktivität der Arbeit verringert, es wird nicht mehr die Arbeit entlohnt, sondern die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Klasse und Partei, die Arbeit selbst wird zur Quelle von Verlusten.

Die Bevorzugung der Arbeiterklassen hat jedoch für diese selbst ihre schädlichen Folgen[1]). Es wird zwar das Lebensniveau des Arbeiters um ein Beträchtliches erhöht, sodass dem Arbeiter neben der erhöhten Lebenshaltung eine überschüssige Kaufkraft zur Verfügung steht, für die er unmöglich moralisch reif sein kann, denn dies lässt sich nur durch jahrelange planmässige Erziehung erreichen. Da ein Sparen infolge der durch überstürzte Nachfrage stetig steigenden Preise unmöglich, oder wo es versucht, durch die Preissteigerung illusorisch ist, werden die Leidenschaften befriedigt und wo sie nicht vorhanden sind, durch das schlechte Beispiel erweckt, eine ungemeine Genuss- und Vergnügungssucht reisst ein.

Dass diese Schwächung des Spartriebes, verbunden mit der Genussucht die Knappheit an Kapital nach Kriegsschluss nur noch verschärfen musste, ist klar, denn es wurde einerseits kein neues Kapital mehr geschaffen, andererseits das bereits vorhandene aufgezehrt. Deshalb musste man wünschen, dass diese Missachtung und Ver-

[1]) Wir betonen nochmals ausdrücklich, wie wir es in der Einleitung bereits festgestellt haben, dass wir die Gedanken Rašín's bringen, um zur besseren Einsicht in die Motive seines Handelns zu gelangen. Persönlich können wir uns mit seiner Ueberzeugung an so manchen Stellen nicht identifizieren.

geudung des Geldes abgeschafft werde, dass die Verzehrung des Kapitals durch den unnatürlichen Konsum nicht nur abgestoppt, sondern auch das bereits verzehrte Kapital wieder ersetzt werde.

Rašín erkennt mit kundigem Auge den Herd der Krankheit, er weiss, dass eine wirtschaftliche Gesundung unter derartigen psychologischen Voraussetzungen unmöglich ist. Er sieht die Verbindung von Produzenten und Arbeitern im ungleichen Kampfe gegen den Konsumenten als höchst unmoralisch an, die Ueberlegenheit dieser beiden Faktoren läuft dem Begriffe seines objektiven gesellschaftlichen Ideales zuwider. Er sieht in der Verarmung des Mittelstandes, in der Missachtung der geistigen Arbeit, in der nivellierenden Tendenz des sozialistischen Regimes ein System sozialer Ungerechtigkeiten, von denen die Vermögensumwälzungen und Verschiebungen nur ein äusseres Merkmal sind. Er sieht die grosse Gefahr, in welcher eine Wirtschaft schwebt, deren Bevölkerung nicht sparsam, sondern genussüchtig und verschwenderisch ist, er weiss, dass echte republikanische Einfachheit der Sitten zu einer Heilung der Misere unbedingt erforderlich ist.

Rašín sieht alle diese Tatsachen mit dem ihm eigenen Scharfblick für das Reale und muss ihre Beseitigung wünschen, da er sie als das wichtigste hemmende Moment einer Sanierung ansieht. Es muss ihm daher eine Reaktion auf diese Zustände gelegen kommen und als sich diese Reaktion in Form einer Krise einstellt, darf er ihr nicht aus dem Wege gehen, sondern sie womöglich noch zu steigern suchen, falls die Krise selbst nicht den gewünschten Erfolg aufweisen sollte. Und gerade in der Verschärfung der Krise erblicken wir einen der ausschlaggebendsten Gründe, welcher Rašín bewog, seine Politik zu verfolgen, die Krise als erwartete und nicht gefürchtete Folgeerscheinung der währungspolitischen Massnahmen kann uns nur den tieferen Sinn seines Planes, in welchem die Währungspolitik als Mittel zum Zwecke dient, erklären und logisch begründen. —

Die Inflation der Jahre 1919/21 in der Tschechoslovakei ist noch nach einer Seite hin interessant. Man hat vielfach versucht, die Tatsache einer Inflation überhaupt zu leugnen, indem man den Inflationsbegriff der »ungedeckten Geldvermehrung« gleichsetzte und aus der tatsächlich nur um 30% gestiegenen Geldmenge den Schluss zog, dass diese Geldvermehrung unmöglich eine Preissteigerung um 300—400% im Gefolge haben könnte. Auch Rašín weicht der Bennenung der Inflation mit ihrem rechten Namen aus, er glaubt ihre Ursache in der Steigerung der Einkom-

men (»Lohninflation«) finden zu können, ohne aber zu bedenken, dass die nominelle Erhöhung der Einkommen ohne gleichzeitige Erhöhung der Realeinkommen gerade das Kriterium einer Inflation bilden, da eine Erhöhung der nominellen Einkommen bei gleichbleibendem Realeinkommen nur von der Geldseite her möglich ist, begrifflich also notwendig eine Geldvermehrung voraussetzt. Der Umlauf vergrösserte sich tatsächlich und seine Erhöhung wurde natürlich durch die Kreditgeschäfte des Bankamtes begründet, dessen Tätigkeit sich folgendermassen entwickelte:

In Millionen Kč:

	Diskontierte Wechsel	Lombard	Staatsnotenumlauf
Ende Oktober 1919 . .	28	423	9.018
„ Dezember . . .	79	502	10.127
„ März 1920	246	938	9.878
„ Juni	533	1.126	9.881
„ Oktober	1.695	2.266	10.332
„ Dezember . . .	2.015	2.323	11.288
„ März 1921 . . .	1.672	2.096	10.915
„ Juni	1.683	2.296	12.116
„ Oktober	1.607	2.451	12.327
„ Dezember . . .	1.893	1.714	12.129
„ März 1922 . . .	1.041	1.479	10.744

Der Einwand, dass eine verhältnissmässig derart geringe Vermehrung des Umlaufes eine dem Quantum fast 10 fache Preissteigerung unmöglich nach sich ziehen kann, ist unter dem Gesichtspunkt der proportionalen Quantitätstheorie gröbster Art gefasst und daher, so wie diese, heute längst widerlegt. Tatsache ist, dass die Inflation in typischer Weise in Erscheinung trat und naturgemäss eine Preissteigerung zur Folge hatte, welche durch den fallenden Kurs der Kč im Voraus eskomptiert wurde; es war also, wie bereits weiter oben ausgeführt wurde, die Inflation der eigentliche Grund des Kursfalles der Kč und nicht, wie vielfach angenommen wurde, die wirtschaftliche Verkettung mit Deutschland oder gar ein absichtlicher Druck auf den Kurs der Kč seitens der ausländischen, vornehmlich deutschen Spekulation.

b) Die Zeit des wirtschaftlichen und sozialen Wiederaufbaues.

Schon im Laufe des Sommers 1921 machten sich die ersten Anzeichen eines nahenden Rückschlages bemerkbar. Die Weltabsatzkrise ging an der mit einer Hochkonjunktur arbeitenden čs. Industrie nicht ohne Einwirkung vorüber. Der Umschwung in Form einer Krise wäre bereits

im Sommer eingetreten, hätte ihn nicht das weitere Fallen des Kronenkurses hinausgeschoben, welches seinen Grund in der durch den Einfall der Magyaren in die Slovakei vergrösserten Inflation und der allgemeinen Unsicherheit hatte und seinen Kulminationspunkt bei einem Kursstand von 5,40 Schw. Fr. fand. Als die Kriegsgefahr geschwunden und der Restaurationsversuch der Habsburger in Ungarn gescheitert war, begann der Kurs zu steigen. Es war dies in erster Linie der rapide Fortschritt die Inflation in Deutschland und Oesterreich, der seinen Ausdruck in einem stetig schnelleren Abwärtsgleiten des Wechselkurses der beiden Währungen fand und dem die Kč aus wirtschaftlichen Gründen nicht folgen konnte, da sich einmal die čs. Wirtschaft in den wichtigsten Handelsgütern vom deutschen Reexpert emanzipiert hatte, andrerseits im Auslande das andauernde Fallen der Kč, welches mit keiner entsprechenden Notenvermehrung verbunden war, über kurz oder lang einen Mangel an Kč verursachen musste. Das Ausland folgte mit wachsenden Vertrauen den Massnahmen der Regierung, welche von aller Anfang an um eine Wiederherstellung der zerrütteten wirtschaftlichen Zustände bemüht war.

Hier kommen wir zu dem sooft umstrittenen Faktor, in der wirtschaftlichen Wiederherstellung eines Landes, nämlich des »Vertrauens« des Auslandes, welches immer das Motiv eines Kapitalzuflusses ist, ohne welchen die Sanierung eines wirtschaftlich kranken Landes nur schwer möglich ist. »Vertrauen« ist aber ein psychologisches Moment, welches zu seiner Entstehung einer konkreten Ursache bedarf. Den Wirtschafter interessieren also die Tatsachen, im besonderen die wirtschaftlichen Tatsachen, welche dieses Vertrauen auslösen und auf welchen es beruht, das ohne diese Grundlagen sentimental-mystisch wird. Das, was nun in unserem Falle dieses Vertrauen bewirkte, war einmal die energische Einstellung der Inflation, fortschreitende Konsolidierung der Wirtschaft und der innerpolitischen Zustände, dann der Kampf gegen das unproduktive Budgetdefizit.

Wir wollen an dieser Stelle einige Worte über die čs. Finanzpolitik als Ganzes sagen und uns gleich die Auswirkungen des Kursaufstieges im August 1922, der erst in seinen Ursachen weiter unten besprochen wird, an Hand von Zahlen vor Augen führen; weiters scheint uns die einheitliche Behandlung der čs. Finanzpolitik über den ganzen Zeitraum hindurch auch durch die Tatsache begründet, dass die Einteilung der wirtschaftlichen Ereignisse in die Zeit bis 1921 und von da bis heute, auf diesem Gebiete

der Wirklichkeit weniger entspricht, da der wirtschaftliche Niedergang des Landes sich noch durch lange Zeit hindurch in seinen Staatsbudgets wiederspiegelt, andererseits der Kursaufstieg im August 1922 einen solchen Grenzpunkt darstellt, welcher der Finanzpolitik neue Aufgaben stellt.

In der Tat können wir in der čs. Finanzpolitik zwei gut unterscheidbare Perioden feststellen: Die erste bis Ende 1922, welche mit dem Schlagworte »Kampf gegen das Budgetdefizit« gekennzeichnet ist, die zweite von da bis heute, welcher der »Kampf gegen das hohe Budget« das charakteristische Gepräge gibt. Ist nun die erste infolge drückender und energisch durchgeführter Massnahmen teilweise gelungen, so muss man beim zweiten mehr oder weniger einen Misserfolg konstatieren, da Rašín, der den Kampf gegen das hohe Budget gerade mit der unpopulären Gehälterreduktion begann, in diesem Augenblicke dem Mordanschlage zum Opfer fiel. Sein Nachfolger konnte aber den vollständigen Ausgleich des Budgets erst für das Jahr 1926 erreichen, trotzdem ihm vielleicht ein ausgeglichenes Budget von aller Anfang als Ziel vorgeschwebt war und er den guten Willen wenigstens zeigte, dieses Ziel zu erreichen.

Der Kampf gegen das unproduktive Budgetdefizit begann gleich bei der Aufstellung des ersten selbständigen Budgets der Tschechoslovakei im Jahre 1919 und ist eigentlich erst heute ganz beendet. Man sah sehr folgerichtig ein, dass der Beginn der Inflation im unproduktiven Budgetdefizit liegt, woraus sich auch die Energie erklären lässt, mit der sich Rašín an seine Unterdrückung machte, nur um einer Inflation, ja selbst einer Inflationsmöglichkeit aus dem Wege zu gehen. Die Beseitigung des Defizites ging nicht rasch vor sich und wer die völlige Auflösung nicht nur der Finanzen selbst, sondern des Finanzapparates überhaupt nach dem Kriege kennen gelernt hat, dem wird auch klar sein, dass die Wiederherstellung nicht schneller vor sich gehen, nicht über Nacht erreicht werden konnte. Dieser langsammen sukzessiven Besserung des Budgets schreibt Rist[1]) die grossen Schwankungen der Krone an fremden Märkten zu, die bei einem stark reduzierten Defizit zu einer Hausse der Kč führen musste[2]).

Die Ausgaben, die im Durchschnitt der Jahre 1919 bis 1923 117% der Einnahmen ausmachen, sinken derart, dass sie 1924 104%, 1925 101·7%, 1926 gar nur 98·7% der Einnahmen bilden, was aus folgender Gegenüberstellung von Roheinnahmen und Ausgaben ersichtlich ist:

[1]) Rist, 1. c. Seite 106.

[2]) Ebenda, Seite 108.

In Millionen Kč:

	1919	1920	1921	1922	1923	1924	1925
Einnahmen .	3.710	10.426	17.300	18.884	18.812	16.391	15.70[illegible]
Ausgaben . .	8.615	15.278	18.026	19.812	19.371	16.993	15.974
Defizit . . .	4.905	4.852	726	928	559	602	272

Ab 1921 bis incl. 1925 wird neben dem ordentlichen Budget noch ein Investitionsbudget aufgestellt, sodass ein Grossteil des Defizites in dieses abwandert und durch Inlandsanleihen gedeckt wird, während das unproduktive Defizit auf ein Minimum sinkt.

Die Beseitigung dieses Defizites strebte man mit guten und weniger guten Massnahmen an, man führte Reformen ein, die sich bewährten und solche, die man so schnell als möglich aufzuheben suchte. So befand sich der Staat eine Zeit lang in der Rolle eines Zuckerspekulanten, der auch »Geschäfte« mit Holz, Spiritus, Mehl etc. machte, deren Ertrag das Defizit hätte mindern sollen, in der Tat es aber durch die erlittenen Verluste nur noch vergrösserte. Änderungen bei der Aufstellung des Budgets wurden eingeführt, wie die Scheidung der Personal- und Sachausgaben, dann die Aufstellung eines Investitionsbudgets, welches dem ordentlichen Etat gegenübergestellt wurde. Man ging hier von der richtigen Ansicht aus, dass das durch Kapitalinvestition entstandene Defizit nicht unproduktiv ist, also einem Gegenwert in der Wirtschaft entspreche, was aber lediglich eine Kapitalaufnahme des Staates bei der Volkswirtschaft bedeutet und nicht zur Inflation führen kann.

Was nun den »Kampf gegen das hohe Budget« betrifft, so ist durch einen Vergleich der Hauptbudgetziffern mit der Innen- und Aussenkaufkraft der Kč ersichtlich, dass die Ausgaben nicht in dem Masse gefallen sind, wie es der neuen Kaufkraft entsprochen hätte, denn es betrugen in Tausenden (1922 = 100):

	1922		1923		1924	
Ausgaben	19,812.960	100	19,371.031	97·8	16,993.977	85·8
Einnahmen	18,884.210	100	18,812.391	99·6	16,391.293	86·9
Investitionen	3,363.445	100	2,999.771	91·9	2,229.230	68·3
Gesamtausgaben	23,076.405	100	22,370.802	97·0	19,223.207	83·3

Die detaillierten Ausgaben verändern gegen 1922 ihr Bild folgendermassen, wobei die relative und dementspre-

chend noch höhere absolute Steigerung der Personalausgaben für Pensionszwecke und Arbeitslosenfürsorge beachtenswert sind:

Die Veränderung der Staatsausgaben in Relativzahlen:

1924 (1922 = 100)

Aeusseres	57·6	Staatsschuld	95·5
Selbstverwaltunskörperschaften	66·1	Post & Telegraphen	97·9
Ministerrat	68·9	Öffentl. Gesundheitswesen	106·3
Öffentl. Arbeiten	71·9	Justiz	108·5
Nationale Verteidigung	73·7	Inneres	109·6
Schulwesen	88·7	Landwirtschaft	110·9
Eisenbahnen	89·6	Pensionen	116·0
Finanzministerium	95·3	Soziale Fürsorge	120·5

Aber auch die Einnahmen gingen infolge niedriger Steuereingänge zurück, da wegen der veränderten Kaufkraft die Steuern zu drückend geworden waren und deshalb ermässigt werden mussten. Dabei verminderte sich am meisten eine der drückendsten Steuern, die Kohlensteuer, um mehr als 50%, was absolut ausgedrückt eine Ertragsminderung dieser Steuer um 400 Millionen Kč gleich ist.

Man sieht aus dem hier in Kürze gesagten, wie Rašín den Staatshaushalt, dessen Defizit immer eine Quelle der Inflation bleiben muss, ins Gleichgewicht zu bringen suchte und vor einer unpopulären Politik der Steuererhö-

Der Rückgang der Steuereinnahmen in Relativzahlen:

1924 (1922 = 100)

Realsteuern	105	Zündmittelsteuer	71
Grundsteuer	100	Mineralölsteuer	81
Hausklassensteuer	91	Branntweinsteuer	83
Personalsteuern	110	Allg. Getränkesteuer	96
Kriegssteuer	47	Zuckersteuer	104
Erwerbsst. der Ges. mit öffentl. Rechnungslegung	114	Verzehrungssteuer	118
Einkommensteuer	124	Fleischsteuer	131
Allg. Erwerbsteuer	132	Gebühren	91
Tantiemesteuer	208	Stempelgebühren	140
Rentensteuer	258	Rechtsgebühren	156
Verbrauchsteuern	63	Verkehrssteuern	84
Kohlesteuer	41	Umsatz (Luxussteuer)	72
Flaschweinsteuern	67	Eisenbahnverkehrsteuer	134
		Zölle	114

hungen und Gehälterreduktionen nicht zurückschreckte. Das Ausland sah in dieser Politik eine Gewähr für die gesunde Entwicklung des Landes, und, als mit Aufhören der Magyarengefahr und durch das Fallen der Mark und österreichischen Krone ein Kapitalzufluss einzusetzen begannt, genügte ein verhältnissmässig geringer Anstoss, um durch die so entlastete Zahlungsbilanz den Anfang zu einer Aufwärtsbewegung der Kč zu geben.

Die Intervention des Bankamtes, welche diese Bewegung auslöste, zeigte sich in der nur geringen Abnahme seiner Devisenbestände von 600 auf 400 Millionen Kč, wobei das Bankamt diesen Bestand schon nach 2 Wochen durch die auf den Markt gelockten privaten Auslandsguthaben nicht nur wieder vervollständigen konnte, sondern auch weiterhin als Käufer auftrat, sodass seine Devisenbestände Ende Januar 1922 die Höhe von 900 Millionen Kč erreichten, wogegen sich der Kronenkurs gegenüber seinem Tiefstande verdoppelt hatte. Die Erhaltung dieses Kursniveaus konnte das Bankamt allerdings nicht ohne Schwierigkeiten bewerkstelligen, da aber die wirtschaftliche Lage weiterhin günstig blieb, gelang es ihm, den Kurs der Krone auf einem Durchschnittsniveau von 9·50 Fr. zu halten.

Als im August 1922 die zweite Hausse des Kronenkurses von 10 auf 19 Fr. einsetzte, wurde der Regierung die »Schuld« zugesprochen, diese Hausse planmässig vorbereitet und durchgeführt zu haben. Man ging dabei von der Ansicht aus, dass gerade zu jener Zeit ein Teil der englischen Pfundanleihe realisiert worden ist und die Regierung diese Pfunde auf den Markt geworfen habe, um so den Kronenkurs künstlich zu heben.[1]) Was diese Kurssteigerung betrifft, so hatte sie ihren unmittelbaren Anlass in der Spekulation, das Bankamt intervenierte überhaupt nicht in diesem Sinne, da Rašín durchaus kein Interesse hatte, den Kurs gewaltsam und durch börsentechnische Mittel zu heben.[2])

---

[1]) Keynes, Ein Traktat über Währungsreform, Seite 149.

[2]) Vergl. auch: Conférence financière de Bruxelles 1920. Les recomandations et leur application, Seite 226f. Auch Engliš gibt endlich zu, dass der Kurs nicht gewaltsam und künstlich in die Höhe getrieben wurde: »Die günstige Entwicklung der Verhältnisse, die englische Anleihe, die Zerrüttung der benachbarten Währungen hatten eine steigende Tendenz unserer Währung zur Folge, eine Tendenz, welche von der Spekulation beschleunigt wurde«. (»Lidové Noviny« vom 4. April 1926.)

In die Tschechoslovakei, die, wie bereits erwähnt, schon früher zur »Caisse d'épargne pour l'Europe centrale«[1]) geworden ist, strömten infolge des zu gleicher Zeit einsetzenden enormen Marksturzes Kapitalien aus Deutschland ein, zu denen sich noch das Treiben der internationalen Spekulation dazugesellte, welche überdrüssig der Verluste, die sie an der Mark erlitten hatte, dieser den Rücken kehrte und andere Objekte suchte, in denen sich eine Hausse leichter arrangieren liesse. Dies war damals die Kč, deren wirtschaftliche und börsentechnische Position auf dem Weltmarkte eine überaus günstige war. Und die Pfunde, von denen weiter oben die Rede war und die tatsächlich auf den Markt kamen und diese Bewegung noch verschärften, stammten nicht von der Regierung, wie vielfach fälschlich angenommen wurde, sondern aus privaten Händen, wo die günstige Handelbilanz durch lange Zeit hindurch grössere Vorräte anzusammeln gestattete. Das Bankamt konnte auf diese Weise seinen Devisenbestand auf 1.700 Millionen Kč erhöhen.

Nachdem der Kurs in dieser Weise vom Ausland bis auf 19 Schw. Fr. hinaufgetrieben worden war, wurde das Bankamt wohl oder übel in die unangenehme Lage versetzt, die mit Notwendigkeit einsetzende Reaktion dieses Kursaufstieges zu bremsen und die Krone wenigstens nicht gänzlich der Spekulation zu überantworten. Die Nicht-Intervention des Bankamtes im negativen Sinne gegen den Kursaufstieg ist eben auf diese Erwägungen zurückzuführen, da es der Ansicht war, dass die bei Intervention stark angewachsenen ausländischen Kronenguthaben eine Reaktion nur noch verschärfen mussten, welche auch bei einem geringeren Kursaufstieg ohne Zweifel eingetreten wäre. Trotzdem musste das Bankamt den Kurs bis auf 17 Schw. Fr. zurückgehen lassen, wobei sich seine Devisenvorräte auf fast 600 Millionen Kč verringerten. Infolge des nunmehr einsetzenden Ausverkaufes der čs. Wirtschaft an das Ausland konnte es aber diese Bestände im Laufe des Jahres 1923 auf den Maximalstand von 2.638 Mill. Kč erhöhen.

Mit der Beendigung der Hausse beginnt die eigentliche Stabilisierung des Kurses. Der Kurs selbst hatte aber noch eine schwere Erschütterung durchzumachen. Am 18./12. 1922 stellte sich auf der Prager Börse eine unmotivierte Nachfrage nach Devisen ein, der das Bankamt nicht ganz genügen konnte, sodass sich die Prager Schlusskurse

[1]) Rist, l. c., Seite 103.

weit über das Niveau der Züricher Gegenkurse erhoben, der beste Beweis, dass die Baisse von der Prager Spekulation inszeniert worden ist.

Die weitere Kursentwicklung spricht dafür, dass die Spekulation grosse Verluste erlitten haben muss, denn bereits am nächsten Tage war das Kursniveau um 1·50 Fr. höher, um von da an langsam zu steigen. Es war dies auch die Folge des energischen Einschreitens der Regierung, die zunächst den Diskont und Lombardsatz erhöhte, in allen Banken unvermutet Revisionen vornahm und auf Grund dieser Revisionen einigen Banken und Bankfirmen die Berechtigung zum Devisenhandel entzog.

Vom Jänner 1923 an kann der Züricher Kurs nicht mehr als voll massgebend bezeichnet werden, da sich der Wert des Schweizerfranken an internationalen Börsen zunächst vermindert hatte, später (Sommer 1924) diesen Verlust wieder einholte, was als Spiegelbild eine Veränderung aller Devisen, somit auch der Kč, an Schweizer Plätzen zur Folge hatte. In New-York stieg die Krone im Jänner von 2·88 auf 2·98, um vom Februar an bis heute um diesen Punkt zu oszillieren. Ein Blick auf den Kurszettel in New-York überzeugt uns, dass die Kč eine der stabilsten Währungen darstellt.

Der Grund dieser Stabilität ist darin zu suchen, dass die Regierung, gewitzigt durch das Arbeiten der Spekulation, diese durch strenge Devisenvorschriften ganz ausgeschaltet hat, wobei ihre Massnahmen tatsächlich durchgeführt wurden und nicht nur am Papier blieben. Sie nahmen der inländischen Wirtschaft jede Spekulationsmöglichkeit, wie im bösen so auch im guten Sinne. Aber auch die ausländischen Spekulanten konnten keinen Angriff wagen, da die Verluste, welche die Prager Spekulation im Dezember erlitten hatte, ihnen jede Lust zu weiteren Experimenten nahmen. Ausserdem war die technische Position der Kč glänzend: Einerseits waren im Inlande genügend Devisen vorhanden, andererseits herrschte im Auslande Mangel an Kč, sodass das Bankamt erst jetzt die Kursentwicklung ganz in die Hand bekommt.

Von Februar 1923 ab bleibt die Devise Prag stabil, die Zahlungsbilanz ausgeglichen, was auf eine bewusste Ausgleichspolitik des Bankamtes zurückzuführen ist, welche erst von diesem Augenblick an praktisch durchführbar geworden ist. Da sich die Schwankungen des Zahlungsbilanz nicht im Schwanken des Wechselkurses auswirken können, muss eine etwaige Verschlechterung der Zahlungs-

bilanz in der Abnahme der Auslandsguthaben beim Bankamt sichtbar werden. Die Devisenbestände sind nun 1924 von 2·5 Milliarden auf 400 Millionen gesunken, was auf eine starke einseitige Belastung der Zahlungsbilanz schliessen lässt. Für diese Belastung ist einmal die Ursache darin zu suchen, dass die Industrie, die, wie bereits erwähnt, im Jahre 1923 einen Ausverkauf ihrer Bestände an das Ausland vorgenommen hatte, nun Rohstoffe in erhöhter Menge einführte (die Handelsbilanz ist im Oktober 1923 sogar passiv, zum ersten Male seit ihrer statistischen Erfassung), anderenteils die Zahlungsbilanz durch die aus dem Auslande zurückkehrenden Effekten verschlechtert wurde, ein Vorgang, der noch durch die freie Arbitrage zwischen Prag und Wien unterstützt wurde. Neben Zurückziehung der Kapitalien durch die Markstabilisierung (die seinerzeit in die Republik geströmt waren und die Kurserhöhung verursacht hatten) wirkten noch die krisenhaften Zustände der Wiener Börse mit, wo der Anfang 1924 eintretende Rückgang der Effekten in der Wiener unglücklichen Frankenspekulation noch eine Verschärfung erfuhr, eine Baisse, welche nach den späteren Bankzusammenbrüchen und der Affäre Castiglioni ins Bodenlose zu gehen schien. Die nun in früheren Jahren ins Ausland abgewanderten Effekten strömten jetzt auf die Prager Börse zurück, wo sie zwar zu fallenden Kursen aufgenommen wurden, nichtsdestoweniger die Zahlungsbilanz stark belasteten. Fachleute schätzten diesen Rückstrom mit 2

Die Entwicklung des Kronenkurses in New-York (cents).

	1920		1921		1923	
	I	II	I	II	I	II
I	1.702	165	1.257	122	1.709	165
II	1.393	115	1.273	123	1.867	181
III	1.342	130	1.304	126	1.742	169
IV	1.714	166	1.374	133	1.963	190
V	1.029	187	1.445	149	1.920	187
VI	2.346	228	1.399	136	1.924	188
VII	2.195	214	1.311	127	2.181	211
VIII	2.170	210	1.229	118	2.794	270
IX	1.446	140	1.161	113	3.264	316
X	1.240	120	1.056	102	3.302	320
XI	1.145	112	**1.034**	**100**	3.177	308
XII	1.158	113	1.237	119	3.106	301

Milliarden ein, wobei das Kursniveau um 25—60% niedriger war, was einem Gewinne des Inlandes von ca 1 Milliarde entsprechend würde.

Wollen wir nun die Entwicklung des Kč-Kurses auf der Börse von New-York kurz zusammenfassen, so ergibt sich folgendes Bild, wobei I den Kurs der Kč in cents, II die Veränderung in Relativzahlen angeben, wobei der Tiefstand der Kč = 100 ist. (Vergl. Tabelle auf S. 35).

Die Schwankungen waren beträchtlich, denn der höchste Kurs war um 25% höher als der Mittelkurs, 1922 beträgt die Differenz 40%, und zwischen dem höchsten und niedrigsten Kurse gar 140%.

Cents:

	Mittelkurse		niedrigster	höchster	Mittelkurs	der höchste Kurs in % des Mittelkurses
	I	XII	Kurs			
1921	1·26	1·24	0·924	1·558	1·237	125·3
1922	1·71	3·11	1·548	3·757	2·653	141·6

Diese Instabilität des Wechselkurses hatte vor allem auf die Gestaltung der Handelsbilanz grossen Einfluss und äussert sich in einer scheinbaren Abnahme der absoluten Wertziffern, insbesondere in der Ausfuhr, trotz steigender Mengenziffern:

Ausfuhr 1920 . . . 27 Milliarden Kč
1921 . . . 27 «
1922 . . . 18 «
1923 . . . 11 «

Diese Abnahme, die den Eindruck erwecken muss, dass sich der čs. Aussenhandel in einer absteigenden Linie entwickelt, ist aber nur scheinbar und direkt durch die Schwankungen des Wechselkurses hervorgerufen, denn, umgerechnet auf den Dollar beim jeweiligen Kursstand ersieht man, dass das Aktivum der Handelsbilanz fast konstant bleibt:

	in Millionen Dollar		Einfuhr (+) oder Ausfuhr (—) überschuss:
	Einfuhr:	Ausfuhr	
1920	353	416	— 63
1921	282·3	343·7	— 61·4
1922, I. sem.	138·8	194·6	— 55·8
II. „	154·8	225·5	— 70·7

	Einfuhr:	Ausfuhr:	
1922 ganzes J.	293·6	420·1	— 126·5
1923	275·2	351·2	— 76·0

Allerdings sind auch diese Daten nicht absolut genau. Gerade die erwähnten Wertschwankungen der Krone verhinderten die Aufstellung ganz verlässlicher Zahlen. So musste man sich bei der Berechnung für das Jahr 1920 und 1921 auf den durchschnittlichen Jahreskurs in New-York beschränken, ohne dabei Rücksicht auf die Bewegung in Ein- und Ausfuhr der einzelnen Phasen der Instabilität der Krone Rücksicht nehmen zu können. Denn auch die Angaben des Statistischen Amtes beruhen nur auf einer jährlichen Schätzung der Ständigen Preiskommission. Mehr Genauigkeit gewähren schon die Daten aus dem Jahre 1922, wo das statistische Amt den Aufstieg der Krone im zweiten Halbjahr in Erwägung zog und den Wert des Aussenhandels in jedem Halbjahre getrennt feststellte. Diese Genauigkeit in der Wertfeststellung konnte 1923 noch gesteigert werden. In diesem Jahre waren einerseits monatliche Angaben über den Wert des Aussenhandels, welche auf Grund der genaueren Deklarationsmethode gegenüber der bisherigen Schätzungsmethode gewonnen worden waren, zur Hand, andererseits war die Kč die relativ stabilste europäische Devise.

Die Steigerung des Ausfuhrüberschusses im Jahre 1922 beruht auf dem infolge der Krise eingetretenen Ausverkaufe an das Ausland. Die Reaktion machte sich erst später bemerkbar, als die gute Beschäftigung der Industrie sich in grösserer Rohstoffeinfuhr erkennbar machte, zu der noch infolge des damaligen 7 wöchigen Bergarbeiterstreikes grosse Mengen von Kohle dazukamen. Interessant ist an der Gestaltung der Handelsbilanz der Umstand, dass sie nach erfolgter Erhöhung des Kurses ständig aktiv blieb, ja ihr Aktivum sogar noch vergrösserte, sich also in entgegengesetzter Richtung entwickelte, als man hätte infolge des durch die Kurserhöhung geschaffenen Importanreizes und Exporthemmnisses annehmen müssen.

Die Preisbewegung ging in der ČSR. die umgekehrten Wege als der Kurs. Wir sagten bereits, dass sich die Inflation der Einkommen in einem Steigen der Preise erkennbar machte, und diese Preissteigerung fand genau so wie die Kursbewegung ihren Höhepunkt im Monat November 1921. Von da an beginnen die Preise zu sinken, um erst in der zweiten Hälfte 1923 ein der wirtschaftlichen Lage entsprechendes Preisniveau zu finden.

	Indices (ČSR)				Goldindices	
	Dollar	Verlust in %	Mildschuh	Verlust in %	USA	Čs. Goldindex
1914	100		100		100	100
1921 I	1655		1458		177	83
II	1561		1460		167	94
III	1545		1317		162	85
IV	1474		1323		154	90
V	1400		1326		151	95
VI	1431		1270		148	89
VII	1593		1259		148	79
VIII	1679		1361		152	81
IX	1740		1653		152	95
X	1930		1654		150	86
XI	1936	0·0	1681	0·0	149	87
XII	1629	15·9	1674	0·4	149	103
1922 I	1186	38·7	1595	5·1	142	135
II	1096	43·4	1470	12·6	145	134
III	1171	39·5	1458	13·3	146	125
IV	1040	46·3	1479	12·0	147	142
V	1057	45·4	1477	12·1	153	140
VI	1056	45·5	1455	13·5	155	138
VII	939	51·5	1440	14·3	160	153
VIII	710	63·3	1388	17·4	160	198
IX	618	68·0	1198	28·7	158	192
X	613	68·3	1090	35·1	159	178
XI	641	66·9	1088	35·3	161	170
XII	663	65·8	1039	38·2	161	157
1923 I	704	63·6	887	47·2	161	126
II	699	63·9	905	46·2	162	130
III	696	64·1	907	45·5	164	132
IV	697	64·0	907	45·5	164	130
V	692	64·3	904	46·2	161	131
VI	685	64·6	880	47·7	162	129

Vergleich des Dollarindex mit den Preisen.

Ein Vergleich des Dollarindex mit dem Preisindex wirft eine interessante Frage auf, deren Beantwortung für die Erkenntnis des Rašín'schen Planes von eminenter Wichtigkeit ist: Ist die Erhöhung und umgekehrt die Senkung des inländischen Preisniveaus die Ursache der Valutaschwankungen gewesen und wurde die Veränderung des Preisniveaus durch bewusste Einflussnahme auf die Menge der Geldzeichen und Bankkredite geschaffen, so wie es der Begriff einer Deflation verlangt, resp. wie stellt

sich der kausale Zusammenhang zwischen Wechselkurs, Preisen und Geldumlauf dar? Wenn wir uns die Auswirkungen dieser drei Faktoren vor Augen führen, so ist zunächst aus ihrem Verlaufe auf eine enge Beziehung untereinander zu schliessen, denn die Höhe des Staatsnotenumlaufes bewegt sich mit dem Preisniveau, dieses wiederum ist das Gegenbild der Kurslinie. Was die Preissteigerung 1919/21 anbetrifft, so wurde bereits gesagt,[1]) dass sie ihre Ursache in der Inflation der Einkommen hatte, wogegen der Umlauf nur teilweise infolge der weitherzigen Kreditpolitik des Bankamtes erhöht wurde, an ungedeckten Staatsnoten jedoch keine einzige in den Verkehr gesetzt worden ist. Die Erhöhung des Umlaufes folgt also der Erhöhung des Preisniveaus zeitlich nach was besonders deutlich zur Zeit des Preisaufstieges im November 1921 in Erscheinung tritt. Bei dem eintretenden Preisfalle sieht man aus der folgenden Gegenüberstellung, dass es wieder der Umlauf ist, der dem niedrigeren Preisniveau nur zögernd nachfolgt, ja sogar bei ausgiebiger Preissenkung noch steigt (z. B. am 30. September 22).

Umlauf und Preise in Relativzahlen:

	1921				1922			
	31. III.	30. VI.	30. IX.	31. XII.	31. III.	30. VI.	30. IX.	31. XII.
Umlauf	96·7	98·9	102·5	107·4	91·4	87·1	90·3	89·1
Preise	85·4	89·4	107·2	108·6	94·6	94·4	77·7	67·4

Der Umlauf sinkt von 107 auf 89 (18 Punkte), während das Preisniveau um 41 Punkte rückgängig ist. Wer sich die Resistenz des Preisniveaus gegen eine Senkung vor Augen führt, der kann auch bei gegenteiliger Ansicht nicht gut behaupten, die Restriktion des Umlaufes um 20% hätte einen doppelt so hohen Preisfall zur Folge gehabt. Da aber die Restriktion des Umlaufes in unserem Falle der Preisbewegung zeitlich gefolgt ist, so kann die Restriktion nicht als Ursache, wohl aber als Folge der Preisbewegung angesprochen werden. Da in der Wirklichkeit tatsächlich die Höhe des Preisniveaus bestimmend auf die Höhe des Notenumlaufes gewesen ist, und nicht umgekehrt, so ist klar, dass von einer »Deflationspolitik« im Sinne einer bewussten Kontraktion des Umlaufes zwecks Preis-

[1]) Vergl. Seite 27.

senkung in unserem Falle nicht die Rede sein kann. Es ist auch weiter klar, dass die Senkung des Preisniveaus nicht auf der Verminderung der Nachfrage beruhen kann, so wie sie die Deflation durch Kontraktion von Kaufkraft erreichen will, sondern ihre Ursache in der Kursgestaltung haben muss. Und tatsächlich ist hier die zeitliche Spanne derart gross, der Einfluss der Kursbewegung derart unverkennbar, dass es uns nicht nötig erscheint, diesen Beweis weit auszuführen. Die Trägheit des Preisniveaus gegenüber grossen Schwankungen, dann der grosse Widerstand gegen eine Senkung erklären genügend diese zeitliche Spanne und sind besonders deutlich aus folgender Tabelle ersichtlich:

Vergleich der Valutabewegung mit dem Schwanken der Preise.

	a	b	c		a	b	c
1920 I	—	1190·6	—	1921 VII	892·9	1546·1	+ 73·2
II	—	1698·4	—	VIII	958·5	1649·3	+ 72·1
III	—	1509·8	—	IX	1172·3	1745·4	+ 48·9
IV	—	1192·1	—	X	1164·8	1919·3	+ 64·8
V	—	1050·4	—	XI	1192·2	1959·6	+ 64·4
VI	—	863·5	—	XII	1195·7	1638·1	+ 37·0
VII	—	923·1	—	1922 I	1155·1	1185·6	+ 2·6
VIII	—	1144·7	—	II	1042·6	1085·6	+ 1·1
IX	—	1401·2	—	III	1026·8	1163·2	+ 13·3
X	—	1634·0	—	IV	1034·3	1032·3	— 0·2
XI	—	1769·6	—	V	998·0	1055·1	+ 5·7
XII	861·5	1749·7	+103·1	VI	970·0	1053·4	+ 8·6
1921 I	857·6	1611·9	+ 88·0	VII	929·2	929·2	0·0
II	912·5	1551·3	+ 74·4	VIII	895·5	725·2	— 19·0
III	849·7	1553·5	+ 82·8	IX	783·0	620·8	— 20.7
IV	893·9	1475·2	+ 65·0	X	707·8	613·7	— 13·3
V	914·5	1404·0	+ 53·3	XI	697·4	637·7	— 8·6
VI	894·4	1447·9	+ 61·9	XII	660·0	652·3	— 2·1

a = Index der ČSR dividiert durch die Indexzahl der Ver.-St.

b = Preis des Dollars in % der Parität.

c = Differenz zwischen b und a, ausgedrückt in % von a.

Man erkennt aus dieser Tabelle die unverkennbare Priorität des Wechselkurses, der nur Ursache und nicht

Folge sein kann, da sich das emporgeschnellte Preisniveau erst allmählich dem neuen Stande anpasst. Dies bestärkt nur den Beweis für das weiter oben gesagte, dass bei Rašín nicht von einer Deflationspolitik, welche die Preise durch Restriktion der Geldzeichen und Bankkredite herabsetzen will, gesprochen werden kann, da es in der Tat die Kursbewegung war, welche die Bewegung der Preise und des Umlaufes gestaltete.[1])

Wie bereits gesagt,[2]) musste auf die chaotischen wirtschaftlichen Zustände der ersten Nachkriegszeit eine Reaktion kommen, denn schon die Inflation selbst trägt die Keime des Verfalles in sich, die erst sichtbar werden wenn einer weiteren Inflation Einhalt geboten und ihr so der Nährboden entzogen wird. In der Tschechoslovakei wurde diese bereits vorhandene, aber noch latente Krise durch den eingetretenen Preisfall ausgelöst, wobei sie noch durch eine Reihe ungünstiger Umstände verschärft wurde. Sie fällt nämlich zeitlich mit der Krise der Weltwirtschaft zusammen, die sich im Fallen der Preise und Stockung des Absatzes auf der ganzen Welt äusserte, dann waren der čs. Industrie traditionelle Absatzgebiete verloren gegangen, die erst wieder durch eine verbesserte innere Organisation neu aufgeschlossen werden konnten, und ausserdem machte die durch dauerndes Dumping konkurrenzfähige deutsche Industrie eine erfolgreiche Konkurrenz auf dem Weltmarkte und hauptsächlich in den Ländern, deren Konsumtionskraft infolge der Entwertung ihrer Währung gesunken war, auf die Dauer einfach unmöglich.

Von der Krisis wurde die gesamte Industrie, die alte und die neugegründete getroffen. Nur überstand die Vorkriegsindustrie die Krise leichter, die Nachkriegsindustrie brach zusammen.[3]) Der eingetretene Preisfall und das mit der Produktion verbundene höhere Risiko schränkten die Unternehmungslust stark ein, sodass die »Gründungswust«, die bereits gegen Ende 1921 abgenommen hatte, 1922 völlig zum Stillstand kam.

Die Ausdehnung der Krise ist am besten aus der Statistik der Konkurse und der Lage des Arbeitsmarktes er-

[1]) Neben der Kursgestaltung wirkten hier in geringerem Masse auch noch die Einflüsse der gerade zu jener Zeit einsetzenden Weltkrise, welche sich in einem starken Schwanken des Goldes bemerkbar machte, mit.

[2]) Vergl. Seite 33.

[3]) Von der gesamten Konkurszahl entfallen in der Zeit August 1922 bis Juli 1923 rund 82% auf neue (nach 1914 gegründete Betriebe).

sichtlich. Was nun die Konkurse und die eingeleiteten Ausgleichsverfahren betrifft, so waren:

Statistik der eingeleiteten Konkurse und Ausgleichsverfahren.

	1922		1923		1924	
	K	A	K	A	K	A
I	18	67	92	525	35	208
II	28	91	67	359	55	192
III	29	120	81	327	58	167
IV	27	100	92	374	42	150
V	40	138	66	207	53	181
VI	26	127	72	215	47	147
VII	30	132	45	192	—	—
VIII	31	121	54	141	—	—
IX	57	192	48	118	—	—
X	55	347	50	151	—	—
XI	74	458	45	174	—	—
XII	65	505	47	192	—	—

Im Ganzen: 1922 480 Konkurse, 2398 Ausgleichsverf.
1923 759 « 2875 «
1924 482 « 1781 «

Für die ganze Republik war der monatliche Durchschnitt an Konkursen und Ausgleichsverfahren:

1922: 40 Konkurse, 200 Ausgleichsverfahren,
1923: 63 « 240 «
1924: 44 « 162 «

Gegen 1923 beträgt also 1924 die monatliche Verminderung an Konkursen 30%, an Ausgleichsverfahren 19%, die Verminderung der Überschuldung bei Konkursen 11%, bei Ausgleichsverfahren 38%.

Aus der Entwicklung des Arbeitsmarktes ergibt sich, dass jeder Aufstieg der Krone eine Verschärfung der Krise zur Folge hatte, dass eine grössere Anzahl von Betrieben die Arbeit beschränken oder vollständig einstellen musste. Dies wirkt wieder auf den Arbeitsmarkt zurück, wo die Verschärfung in einem raschen Aufstieg der Arbeitslosenzahl sichtbar wird. Wie nun der Kurs stabil blieb, sankt die Zahl der Arbeitslosen.

Quartale	Gesamtzahl d. Arbeitslosen	Vom Staate unterstützt		Überhaupt	Freie Stellen
		direkt	durch Vermittlung der Betriebe		
1921 I	95.245	44.633	12.384	57.017	8.489
II	99.896	30.991	17.632	48.623	15.356
III	95.920	30.243	10.032	40.275	14.441
IV	68.160	11.672	8.076	19.748	8 731
1922 I	112.323	27.300	27.122	57.422	8.434
II	124.406	29.593	38.902	68.495	8.957
III	103.457	24.216	30.615	54.831	11.802
IV	317.626	95.445	91.632	187.077	8.452
1923 I	441.075	207.625	75.498	278.123	8.007
II	310.683	123.356	48.537	171.893	11.663
III	215.255	67.750	36.250	104.000	12.462
IV	175.309	53.675	26.717	80.392	11.381
1924 I	193.105	59.435	18.089	77.524	8.665
II	140.001	35.436	11.240	46.676	15.333
III	85.966	15.444	12.477	27.921	17.895

Für die Regierung ergaben sich aus der vergrösserten Zahl der Arbeitslosen soziale und politische Konsequenzen. Die Zahl der unterstützten Arbeitslosen stieg und fiel absolut mit der Zahl der gesamten Arbeitslosen, relativ hält sie sich auf fast gleicher Höhe:

Quartale	Zahl der unterstützten Arbeitslosen in Proz. d. Gesamtzahl	Auf eine freie Stelle entfallen Arbeitsl.		
		unterstützte	nicht unterst.	überhaupt
1921 I	56·03	6·34	4·88	11·32
II	48·83	2·91	3·59	6·50
III	41·99	2·77	3·84	6·61
IV	31·77	1·67	3·60	5·27
1922 I	48·45	6·29	6·70	12·99
II	55·06	7·94	6·81	14·75
III	53·01	5·38	4·76	10·14
IV	58·92	22·11	15·41	37·52
1923 I	63·06	34·73	20·42	55·15
II	55·33	14·74	11·91	26·65
III	48·31	8·35	8·92	17·27
IV	45·86	7·00	8·34	15·40
1924 I	40·15	8·95	13·34	22·29
II	33·34	2·12	7·01	9·13

Dabei wurden aber die Arbeitslosen aller Industrien nicht in gleichem Masse unterstützt. Am besten waren

zweiffellos die Arbeitslosen in der Textilindustrie daran, die allerdings vom Gesamtkontingent aller Arbeitslosen im Durchschnitt 40% ausmachen, denn 92·73% von ihnen wurden unterstützt, während z. B. bei der Metallbearbeitungsindustrie nur 56·79%, bei der Glasindustrie gar nur 14·36% der Arbeitslosen unterstützt wurden. Relativ und absolut am besten stand der Kohlenbergbau, denn es waren höchstens nur ca. 4% der Bergarbeiter ohne Arbeit und von diesen wurde wiederum eine grosse Zahl unterstützt (86·45%).

Die interessante Frage, inwieweit der Preisfall in der zweiten Hälfte 1922 an den Verlusten der Nachkriegszeit partizipiert, dürfte ungelöst bleiben, obzwar erst neuerdings[1]) nachgewiesen worden ist, dass z. B. am Eisen der Preisfall zu $^2/_3$ von der Situation des Weltmarktes und nur $^1/_3$ dem Preisfalle in der ČSR. zuzuschreiben ist. Abgesehen davon, dass der absolute Preis eines einzigen Gutes allein nicht erklärt werden kann (wohl der relative als Relation zu allen übrigen Preisen oder die absolute Höhe des gesamten Preisniveaus), so wäre es durchaus nicht logisch, diesen isolierten Preisfall in der ČSR. bei allen Gütern denselben Anteil zuzusprechen, da man hier das individuelle Wirtschaften des Einzelnen ausser Acht lässt, welches in der Praxis oft die grössten Unterschiede aufweist. So konnten selbstverständlich alle jene Betriebe, welche auf ein weiteres Fallen des inneren Wertes der Währungseinheit bauend, eine allzu weitherzige Kreditpolitik verfolgten und deren Verbindlichkeiten sie schon bei einer blossen Stabilisierung des inneren Wertes der Kč in grosse Schwierigkeiten hätte bringen müssen, vor dem Zusammenbruch nicht gerettet werden und hier liegen gerade die Ursachen der grossen Zusammenbrüche von Banken und Grossunternehmungen: Es war dies die falsche spekulative Voraussicht, die, ihre Pläne auf den Fortschritt der Inflation einstellend, sich in dieser Voraussicht geirrt hatte. Allerdings hat der Preisfall so manchem Unternehmen den Gnadenstoss versetzt, das sonst sich noch hätte erhalten können, aber diese gründliche, wenn auch schmerzhafte Säuberung des Wirtschaftslebens hat ja Rašín nur gewünscht, da er eine radikale kurze Operation einem längeren Siechzustande vorzog, nur eine für die Weltkonkurrenz erzogene Industrie haben wollte und gemäss seinem Grundsatze »Weniger aber Gut«, das unwirtschaftlich Arbeitende gerne aufgab.

Und der von Rašín bei jeder Gelegenheit so stark be-

[1]) Vergl. den »Národní hospodář« vom 10./2. 1925.

tonte Einfluss der Krise auf die Volkspsychologie? Die rapide Zunahme der Spareinlagen zeigt am besten, dass hier die Folgen für die Volkspsyche sehr günstig waren, zumal diese Spareinlagen vorwiegend die kleinen und mittleren Sparer darstellen, da das grosse Kapital im allgemeinen die Tendenz hat, rentablere und riskantere Investitionen in Form direkter Beteiligungen vorzunehmen. Dieses rapide Steigen der Spargelder ist umso bemerkenswerter, als 1919, zur Zeit des grössten Geldüberflusses nur 13 Milliarden Depositengelder gezählt wurden, welche binnen 3 Jahren trotz zunehmender Geldknappheit auf das dreifache gestiegen sind.

Die Entwicklung der Spareinlagen ging folgender massen vor sich: (in Millionen Kč)

	1919	1920	1921	1922	1923
Banken (ausser Slovakei)	1267·7	2286·4	4158·1	6004·5	6394·5
Sparkassen	5537·5	5886·6	7406·6	8865·8	10421·2
Kreditgenossenschaften	3755·9	4524·6	6639·5	8249·2	8748·6
Verbände der Kreditgenossenschaften	983·4	1018·1	1563·2	1648·8	1808·6
Landw. Kassen	829·2	1019·2	1491·7	1712·5	1874·3
Banken in der Slovakei	1137·2	1401·5	1924·4	2094·7	2535·2
Total	13510·9	16136·4	23183·5	28975·5	32782·4

Aber auch in der Psychologie der Arbeiterschaft selbst war durch die Krise ein Umschwung in der radikalen Denkweise eingetreten. Durch Wiedereinführung der normalen Zustände begannen die Arbeiter einzusehen, dass sich die hohen Löhne kaum erhalten lassen,[1]) dass nur der mehr Lohn beziehen könne, der produktiver arbeite. Die Produktivität der Arbeit wuchs daher, so z. B. erhöhte sich das pro Mann während einer (achtstündigen) Schicht geförderte Quantum Steinkohlen von 6·85 auf 8·84 Doppelzentner.

Von da nimmt auch die Streiklust ab, was am besten aus folgender Tabelle hervorgeht:

1919	386	Streiks,	30	Aussperrungen
1920	412	«	36	«
1921	329	«	27	«
1922	220	«	27	«
1923	180	«	22	«

Waren es früher politische Streiks, bei welchen das Ergebnis für die Arbeiterschaft fast immer positiv war, so kämpfen die Arbeiter nicht mehr um Erhöhung sondern nur um die Erhaltung der Löhne, allerdings ohne viel po-

[1]) Siehe Anmerkung 1 auf Seite 26.

sitiven Erfolg. (Im Durchschnitt 12% positives Ergebnis, 13% Kompromiss und 71% negatives Ergebnis, der Rest unbekannt.) Dabei sinkt der Reallohn in nicht so starkem Masse wie in anderen Ländern, sodass trotz der Lohnreduktionen die Lage der Arbeiterschaft durch den ausgiebigen Preisfall sich noch gebessert hat, wie es folgende Gegenüberstellung des Lohnindex der Spiritus- u. Zuckerindustrie mit dem Lebenshaltungsindex veranschaulicht, wobei als Basis aller Indices das Jahr 1914 gleich 100 ist:

Vergleich der Lohnindices in der Spiritus- und Zuckerindustrie mit dem Lebenshaltungsindex (1914 = 100).

		Spiritusindustrie		Lebenhaltungsindex		Zuckerindustrie	
		Index	Abnahme in proz. gegen XI. 1921	Index	Abnahme in proz. gegen XI. 1921	Index	Abnahme in proz gegen XI. 1921
1921	I	1471	—	1830	—	1379	—
	VI	1471	—	1520	—	1379	—
	XI	1471	—	1569	—	1379	—
1922	I	1471	0·0%	1467	— 6·5%	1379	0·0%
	VI	1385	— 5·0%	1475	— 6·0%	1379	0·0%
1923	I	1177	— 20·0%	941	— 40·0%	1277	— 6·0%
	VI	1177	— 20·0%	928	— 40·9%	1034	— 25·0%

Was die Folgen für die Volkspsychologie betrifft, so muss zugegeben werden, dass sie für die Politik selbst das wertvollste Plus darstellen, obzwar diese Politik auch hier wie überall Opfer erforderte. Das rapide Steigen der Spareinlagen zeigt am besten das wachsende Vertrauen zur Währung, ohne welches eine Währungsreform nur schwer möglich ist und ohne welches selbst der kunstvollste Sanierungsplan zunichte gemacht werden kann. Die steigende Produktivität der Arbeit und die zunehmende Arbeitslust geben dem Staatsmanne auch die beste Gewähr, dass das Land einer besseren Zukunft entgegen gehe.

Aber auch in der Industrie war die Krise, obzwar sie mitunter schmerzhafte Opfer erforderte, von günstigem Einfluss. Sie säuberte das Wirtschaftsleben von allem Unwirtschaftlichem — Krisen sind ja Ausleseprozesse — sie lehrte die Industrie mit jedem Bruchteil zu kalkulieren und machte sie für den Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkte bereit. Und wenn es in dem Berichte des čs. Industriellenverbandes, der sie Sachlage immer etwas zu schwarz sah, heisst, dass die Exportindustrie nicht nur ihre verlorenen Absatzgebiete wieder zurückerobert, sondern auch einige neue gewonnen habe, so ist dies als ein grosser Fortschritt anzusprechen, der erst recht sichtbar wurde, als die unnatürlichen Produktions- und Absatzverhältnisse in Europa durch Einstellung der Inflation in allen Staaten ihr Ende fanden.

Wir haben nun kurz die tatsächlichen Folgen dargestellt, welche die Politik in der Wirtschaft und Bevölkerung hinterlassen hat und haben festgestellt, dass Rašín vor allem sein Augenmerk auf das Gleichgewicht im Staatsbudget und auf die Paralysierung der im Volke herrschenden abnormalen Gedankenströmungen richtete. Er sieht in der Erfüllung dieser zwei Bedingungen eine unumgängliche Notwendigkeit, mit welcher jede Wirtschaftspolitik rechnen muss, insoferne sie von Erfolg begleitet werden soll. Deshalb muss er eine Reaktion wünschen, welche das ganze Wirtschaftsleben von »unnormalen« inflatorischen Erscheinungen säubern soll, deshalb muss er auch wünschen, dass der Kurs steige, um einen Preisfall auszulösen, der natürlich eine Krise zur Folge haben müsste. —

In diesem Gedankengang scheint ein Widerspruch zu liegen, da wir weiter oben (Seite 46f) gesagt haben, dass Rašín durchaus kein Interesse hatte, den Kurs gewaltsam in die Höhe zu treiben, während er auf der anderen Seite eine Kurserhöhung wünschte. Tatsache ist, dass Rašín durch die Hausse des Kronenkurses im August 1922 ebenso überrascht wurde, wie jeder andere, da er sich auf eine derartige Ausdehnung und Gewalt nicht gefasst machen konnte. Er wusste zwar, dass sich die zunehmende Konsolidierung der Wirtschaft und der politischen Zustände in einem Steigen des Kurses äussern werden, dass aber diese Steigerung nur langsam vor sich gehen könne, ebenso wie ja auch die Gesundung nur langsam vorwärts schreitet, denn der jeweilige Kursstand ist ihm das Barometer der »Kreditwürdigkeit« eines Landes, die Höhe des Kurses ist ihm ein Kontrollmittel, durch welches das Ausland seine Meinung zu der eingeschlagenen Politik und ihren praktischen Erfolgen kundgibt.

Daher konnte er auch nicht eine 100%ige Steigerung des Kurses vorausahnen, weil es ihm unmöglich erschien, dass die Republik fast über Nacht im Auslande derart an Ansehen und Vertrauen gewinnen würde, was aber tatsächlich in dem Augenblick der Auflegung der von den ersten englischen und amerikanischen Bankhäusern unterzeichneten Prospekte über die Auslandsanleihe der Republik erfolgte. Allerdings muss gesagt werden, dass er sich sofort in die veränderte Situation einlebte und offiziel erklärte, den Kurs nicht mehr sinken zu lassen, da die Hausse, vom Auslande inszeniert, den Staat keine Opfer durch Devisenabgabe kostete und er sich überdies seinem Ziele mit einem Sprunge näher gerückt sah.

C) Die Institutionen des Bankamtes und der Vermögensabgabe. Ihre Rolle in der Währungspolitik.

a) Das Bankamt beim Finanzministerium.

Sind immer die währungspolitischen Massnahmen Rašín's mehr oder weniger mit staatsfinanziellen Fragen verknüpft, bewegt sich auch das Schwergewicht dieser Massnahmen auf dem Gebiete der staatl. Finanzpolitik, so können wir dem Bankamte und der Vermögensabgabe ihren rein währungspolitischen Charakter nicht absprechen. Das Bankamt selbst ist zwar staatliche Einrichtung, und die Vermögensabgabe hängt mit den Staatsfinanzen insoweit zusammen, als sie die Absorbtion einer Staatsschuld zum Zwecke hat, doch scheint uns bei der Betrachtung der Ziel- u. Zwecksetzung dieser beiden Faktoren eine Ausscheidung aus der übrigen Finanzpolitik begründet und gerechtfertigt. Ebenso begründet neben der alten Notenbanken gemeinsamen Tätigkeit des Bankamtes die Funktion des Bankamtes als Verwalter der Vermögensabgabe und die dadurch erschwerte Lesbarkeit seiner Ausweise eine gesonderte Untersuchung. Die Kompliziertheit der Ausweise liegt einmal darin, dass ausser Posten, die den Ausweisen aller Notenbanken gemeinsam sind, sich beim Bankamte noch solche dazugesellen, deren Existenz mit den ersten Währungsmassnahmen bei Entstehung der neuen Währung zusammenhängt, andererseits das Verständnis dieser Posten ohne Kenntnis der Geschichte und der gesetzlichen Bestimmungen, die zu ihrer Entstehung führten, sehr erschwert ist.

Als man an die Loslösung von der alten österr.-ungarischen Währung schritt und ein neues selbständiges System schaffen wollte, ergab sich von selbst die Notwendigkeit, die Verwaltung dieses neuen Systems auch einer neuen Institution anzuvertrauen, da die österr.-ungarische Bank diese Funktion auf dem neuen Staatsgebiete nicht mehr versehen konnte. Von einigen Seiten wurde bei der Beratung des Währungsplanes auf die Möglichkeit einer amerikan. 100-Millionen Dollareinleihe für Währungs-

zwecke zur Errichtung einer privaten Notenbank hingewiesen, welche die neue Währung verwalten sollte, deren in Gold einlösbare Noten eine zeitlang neben den abgestempelten Noten der österr.-ungar. Bank obligatorisches Geld sein sollten, um dann nach Umtausch und Sättigung des Verkehres mit diesen neuen Geldzeichen allein in valutarischer Stellung zu verbleiben. Zu gleicher Zeit sollten die abgestempelten österreichisch-ungarischen Banknoten für ungültig erklärt werden. Aus verschiedenen Gründen wurde diese Anleihe, welche das Bild der čs. Währungspolitik von Grund aus verändert hätte, nicht realisiert und man begnügte sich einstweilen mit einem Ersatz und schuf das Bankamt beim Finanzministerium, welches auch die Funktion einer Notenbank auf dem Gebiete des neuen tschechoslovakischen Staates ausüben sollte.

Der Errichtung des Bankamtes ging eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen voraus. Es war dies vor allem der Anlauf zu einer Verselbständigung der Währung durch das Gesetz Nr. 49/1918 »über die Einführung von Handelszahlungsmitteln«, dessen kurzer Inhalt die Landesbank in Prag ermächtigte, Anweisungen auf eigene Kassen auszugeben, die bei Vorweisung mit österreichisch-ungarischen Banknoten einzulösen waren. Diese Anweisungen durften nicht mehr als das vierfache des Kassenbetrages der Landesbank an österr.-ung. Banknoten (den der Staat um 25 Millionen Kronen erhöhen sollte) übersteigen. Die Bank sollte zur Durchführung dieser Geschäfte eine neue Abteilung betrauen, welche rechnungs- und bilanzmässig streng von den übrigen getrennt werden sollte und alle 10 Tage eine Ausweis über den Stand der Anweisungen zu veröffentlichen hatte. Wir sehen hier also, wie Rašín schon einige Tage nach dem Umsturz einen Versuch unternimmt, die Geldschöpfung und somit auch die gesamte Währungspolitik in die Hand zu bekommen und zu diesem Zwecke eine, allerdings mit sehr geringen Mitteln arbeitende Zentralbank errichtet, die sichtbar zweigeteilt werden sollte.[1])

Durch das Gesetz 84/1919 wurde die Abstempelung und zugleich die Konskription des Vermögens zwecks Auferlegung einer Vermögensabgabe beschlossen. Am selben Tage erschien noch die Verordnung Nr. 85 »über die Konskription von österr.-ung. Kriegsanleihetitres«, Nr. 86 »über die Abstempelung der Noten der österr.-ung. Bank, die sich auf čs. Gebiete befinden«, zu denen sich noch unter Nr. 87

[1]) Der gedankliche Inhalt dieses nicht zur Durchführung gelangten Gesetzes stammt von Engliš. (Siehe Seite 17.)

die Verordnung »über das Verbot der Ausfolgung hinterlegter Wertpapiere« hinzugesellte.

Durch die Verordnung Nr. 119/1919 »über die Neuregelung des Verhältnisses zur österr.-ung. Bank« wurde das Gesetz Nr. 84/1919 ergänzt, zu welchem Zwecke sämtliche Gebäude und Einrichtungen der österr.-ung. Bank auf čs. Gebiete vom Finanzministerium beschlagnahmt wurden. Das Finanzministerium versieht bis auf weiteres und bis zur gesetzlichen Regelung die Funktion einer Notenbank und schafft zu diesem Zwecke das »Bankamt beim Finanzministerium«, dessen Geschäftsgebahrung ein fachmännischer Geschäft- und Bankausschuss regelt.

Durch das Gesetz Nr. 187/1919 »Über die Regelung des Umlaufes und Verwaltung der Zahlungsmittel in der tschechoslovakischen Republik« wurde die durch das Gesetz Nr. 84 gegebene Ermächtigung erweitert. Dieses Gesetz führt die neue Einheit ein, schreibt der Umtausch der gestempelten Noten gegen neue Staatsnoten vor und setzt für die Emission ungedeckten Staatspapiergeldes eine Maximalgrenze (6999 Millionen) fest, die nur durch ein besonderes Gesetz überschritten werden kann.

Im Sinne der Gesetze und Verordnungen Nr. 84, 119 und 187 trat mit der Verordnung Nr. 246/1919 »Über die Organisation des Bankamtes beim Finanzministerium« das Bankamt in seiner definitiven Gestalt ins Leben und übernahm die Funktionen, die bis dahin das Finanzministerium selbst ausgeübt hatte. Es wurde mit allen Privilegien einer Notenbank ausgestattet und »hat neben seiner Eigenschaft als Staatsamt den Charakter einer öffentlichen, Kreditgeschäfte betreibenden Anstalt« (§ 1). Es ist auch als Staatsamt von der Verpflichtung befreit, sich und seine Filialen in das Handelsregister eintragen zu lassen und hat nach § 6 der Verordnung ein unbegrenztes Vorzugsrecht zur Befriedigung seiner eigenen Forderungen ohne Unterschied auf alles bewegliche Vermögen des Schuldners. Das Bankamt hat alle 8 Tage einen Ausweis zu veröffentlichen (§ 12), aus dem sein Stand, sowie der Stand der von ihm verwalteten Vermögensabgabe ersichtlich ist; für die Geschäftsführung wurden Statuten erlassen (§ 15—30), für die Geschäftsverwaltung eine Geschäftsordnung aufgestellt (§ 31—37). Dienstvorschriften über den innen Verkehr selbst wurden nicht herausgegeben, es blieben also die Instruktionen der österr.-ung. Bank weiterhin gültig.

Das Verhältnis zum Staate wurde dermassen formuliert, dass er an Gewinn und Verlust des Bankamtes beteiligt ist und das Bankamt durch Vermittlung eines Aus-

schusses bestehend aus 10 Mitgliedern unter dem Vorsitz des Finanzministers direkt verwaltet, wobei die Verfassungskontrolle durch die Anwesenheit eines Mitgliedes der parlamentarischen Kommission, der allerdings kein Veterecht hat, nach § 17 des Gesetzes Nr. 84/1919 ausgeübt wird. Das Bankamt kann für den Staat Kommissionsgeschäfte vornehmen, kann Zoll- und Steuerwechsel diskontieren, falls sie den übrigen Diskontbestimmungen entsprechen, kann Ein- und Auszahlungen für Rechnung des Staates ausführen, wobei der Debetsaldo aber jeweils am Monatschlusse ausgeglichen sein muss.« Jede andere direkte und indirekte Gewährung von Krediten an den Staat ist unzulässig« (§ 37). Die Praxis hat gezeigt, dass diese Bestimmung der Unzulässigkeit der direkten und indirekten Kreditwährung an den Staat nicht gänzlich genügt hat, um die vielleicht gute Absicht des Gesetzgebers durchzuführen, nämlich dem Staate auch die Möglichkeit einer indirekten Zufluchtnahme zur Notenpresse zu nehmen. Es kann zwar weder dem Staate noch den Übernahmekonsortien gegen Lombardierung der Staatstitel Kredit gewährt werden, keine Bestimmung verbietet, aber die Gewährung von Krediten an dritte, welchen diese Titres seitens der Übernahmekonsortien übergeben wurden. Es ist somit diese Bestimmung also nur ein ausschlaggebendes Hemmnis des direkten Missbrauches der Notenpresse, aber auch — was die indirekte Inanspruchnahme von Kredit betrifft — entschieden mehr als ein blosses Beruhigungsmittel für die Öffentlichkeit. Sie drückt das finanzpolitische Credo Rašín's aus, gegen das er sich nur in einem Falle (Krieg mit Ungarn) mangels eines anderen Ausweges verging.

Was die Geldschöpfungspolitik des Bankamtes betrifft, so hatte ihr Rašín nur nach e i n e r Seite hin eine Grenze gezogen: § 10 des Gesetzes vom 10. April 1919, Nr. 187 bestimmt die Höchstgrenze, welche die ungedeckten Staatsnoten im Verkehre erreichen können und fixiert diesen Betrag auf 6999 Millionen Kč. Dieses nur durch besondere gesetzliche Bewilligung überschreitbare Kontingent sollte einen Schutzwall gegen die Möglichkeit einer direkten Papiergeldemmission seitens des Staates bilden. Im übrigen wurde dem Bankamte völlig freie Hand gelassen, insbesondere wurde der überhaupt mögliche Umlauf nicht festgesetzt, da weder die Einhaltung eines bestimmten Gesamtbetrages an Umlaufsmitteln, noch eines Verhältnisses zwischen der Edelmetallmenge und den umlaufenden Staatsnoten dem Bankamte zur Pflicht gemacht wurde. Rašín überliess also die Kreditpolitik vollkommen dem

Gutdünken des Bankamtes, respektive sich selbst, da er sich durch keine festgelegte Politik ein für allemal die Hände binden lassen wollte.

Dem absoluten Steigen des Staatsnotenumlaufes sind also nur insoweit Grenzen gezogen, als sich das ungedeckte Kontingent nicht über 6999 Millionen erhöhen kann, also alles darüber bankmässig gedeckt sein muss. Was aber als Deckung anzusehen ist, und in welchem Ausmasse diese Deckung zur Grundlage der Staatsnotenausgabe gemacht werden kann, hängt vollkommen von dem Gutdünken des Bankamtes ab, das sich den jeweiligen wirtschaftlichen Verhältnissen nach stark ändern kann.[1])

Nehmen wir den Ausweis vom 31./3. 1923 als Basis, so ergibt sich nach § 10 des Gesetzes vom 10./4. 1919, Nr. 187 folgende Maximalgrenze des Umlaufes:

Teil I: Der eigentliche Ausweis:

			In Tausend Kč	gegen 23./3.
Aktiva:				
Guthaben bei der österr.-ung. Bank:				
Barschaft in Banknoten:				
Zurückbehaltene und gegen Staatsnoten eingetauschte		8,012.398		
Für übernommene Giroreste und Kassenscheine		2,084.419	10,096.817	—
Wechselvorrat			691.302	+ 170.573
Diskontierte Wertpapiere			291.615	+ 160.815
Lombarddarlehen			1,261.706	+ 4.013
Auslandsguthaben u. Valutenvorrat			556.255	+ 23.015
Edelmetalleinkauf			826.605	+ 958
Andere Aktiva			361.629	— 53.873
			14,085.929	+ 305.500
Passiva:				
Bei der Abstempelung zurückbehaltene Banknoten		2,134.232		
weniger auf die V. A, eingez. Einlagescheine	1,201.897			
weniger durch die Finanzverw. ausgezahlten und dieser refundierten Einlagescheine	618.000	1,819.897	314.335	— 8.091
Staatsnotenumlauf			9,157.407	+ 573.149
		Fürtrag . . .	9,471.742	+ 565.058

[1]) Siehe die Politik des Bankamtes ausführl. im nächsten Kapitel.

Übertrag . . .		9,471.742	+ 565.058
Giroguthaben:			
Guthaben der Parteien		993.206	— 376.169
Einzahlungen auf der Vermögensabgabe	2,527.131		+ 31.062
weniger den refund. Kosten	75.000	2,452.131	—
Guthaben aus gebundenen Einlagesch.		94.815	— 7.080
Kassenscheine im Umlauf		378.438	+ 96.782
Andere Passiva		695.597	— 4.153
		14,085.929	+ 305.500

(Die unterstrichenen Posten sind Kummulativposten, aus mehreren Einzelposten bestehend.)

Teil II: Der Höchste zulässige Staatsnotenumlauf.

Am 31./3. 1923 konnte an Staatsnoten ausgegeben werden:

Maximalkontingent nach dem Gesetze Nr. 187/1919.	1. Für eingezogene Banknoten der ö.-u. B.		8,012.399	
	weniger bei der Abstempelung zurückbehaltene	2,134.232		
	weniger den beim Austausch zurückbehaltenen	315.722	2,499.954	
	Also für abgestempelte und ausgetauschte			5,562.445
	2. Für übernommene Giroreste der Staatskassa		789.720	
	für übernommene Giroreste	1,616.885		
	weniger	789.720		
	50% davon	827.164	413.582	
	50% der Kassenscheine per	467.534	233.767	1,437.069
	3. Die bankmässige Deckung:			
	Diskontierte Wechsel		691.301	
	Diskontierte Wertpapiere		291.615	
	Lombarddarlehen		1,261.705	
	Auslandsguthaben		556.255	
	Edelmetalle		826.605	3,627.482
	Am 31. März 1923 zulässiger Umlauf			10,626.996
	wirklicher Umlauf			9,157.407
	der wirkliche Umlauf ist also geringer um			1,469.589
	das ist gegen die Vorwoche			— 213.778

Die Differenz zwischen dem möglichen und dem tatsächlichen Umlaufe ist die Staatsnotenreserve, ein Notenblock, welcher auch ohne ein besonderes Gesetz in den

Umlauf wieder zurückkehren kann. Diese Bestimmung verfolgt den Zweck, der Notenemmissionstätigkeit des Bankamtes eine grössere Elastizität zu verleihen und der Wirtschaft die Möglichkeit zu geben, im Falle eines vorübergehenden Geldbedarfes an das Bankamt herantreten zu können, welches diesen Bedarf bis zur Höhe der Notenreserve befriedigen kann, ohne mit dem Gesetze in Konflikt zu geraten. Die Höhe der Notenreserve ist also das Kriterium der Anspannung des Geldmarktes und das Barometer des Standes vom Bankamte: Je höher die Reserve, d. h. je grösser die Giroguthaben und je kleiner dabei der Umlauf, desto günstiger ist die Situation des Bankamtes, desto flüssiger der Geldmarkt, desto grösser die Sicherheit der Wirtschaft, Befriedigung aller Ansprüche zu erreichen.

Die Reserve kann bei normalen Geschäftsgange nicht bis auf Null sinken, da ja eine Erhöhung des Umlaufes, welche durch bankmässige Geschäfte (Diskont, Lombard, Devisen- und Goldeinkauf) erfolgt ist, sich in der Erhöhung der betreffenden Aktivposten wiederspiegelt, während die Reserve trotz gestiegener Umlaufsziffer gleich geblieben ist. Die Reserve kann nur sinken, wenn die Giroguthaben stark beansprucht werden, wie eben umgekehrt ein Steigen der Reserve nur dadurch herbeigeführt wird, dass der Gegenwert aller Geschäfte nicht wieder in den Verkehr zurückgelangt, also dementsprechend die Giroguthaben vergrössert, oder aus dem Umlauf in Form von Kassenscheinen zurückkommt.

Die Berechnung des Verhältnisses der bankmässigen Deckung zum Umlaufe, am 23. und 31./3. 1923 gestaltet sich folgendermassen:

	23./3	31./3.	
Abgestempelte Banknoten	5,562.445	5,562.445	—
Uebernommene Girokonten	1,437.069	1,437.069	—
Bankmässige Deckung	3,268.111	3,627.482	+ 359.371
Zulässiger Umlauf	10,267.626	10,626.997	+ 359.371
Wirklicher Umlauf	8,584.258	9,157.407	+ 573.149
Reserve	1,683.367	1,469.589	— 213.778

Aus dem Beispiel geht hervor, dass die Reserve sinken muss, da der Umlauf mehr gestiegen ist, als die bankmässige Deckung.

Es ist nun ausser allem Zweifel, dass das Bankamt beim Finanzministerium nur eine provisorische Einrichtung darstellt. Die zukünftige Notenbank wird auf gemischtwirtschaftlicher Grundlage beruhen, so wie es das Gesetz vom 14. April 1920, Nr. 347 klar ausspricht. Steiner irrt also im Grunde, wenn er behauptet, »dass sich der tschechoslovakische Staat zum Prinzip der Staatsnoten-

bank bekannt und die private Notenbank verworfen habe«,[1]) vielmehr kommt dieses »Bekenntnis« im Notenbankgesetz eindeutig zum Ausdruck, zumal das Bankamt von vornherein nur als provisorische Einrichtung geschaffen worden ist. Die Durchführung des Notenbankgesetzes soll aber vorläufig noch aufgeschoben werden,[2]) denn vor der Durchführung der ganzen Reform und vor Konsolidierung der allgemeinen wirtschaftlichen Zustände ist ihre Errichtung zwecklos, da das Bankamt bis dahin die Funktion einer Notenbank versehen kann. Zwecklos wäre die Errichtung der Notenbank deshalb, da sie nicht nur die Geschäfte, sondern auch den Status des Bankamtes übernehmen soll, der heute noch mit der grossen Staatsschuld (ungedeckter) Staatsnoten belastet ist. Nehmen wir den Ausweis vom 7. September 1924 als Grundlage der Umwandlung an, so würde sich der Eröffnungsausweis der neuen Notenbank am selben Tage folgendermassen gestalten, wobei das Aktienkapital 75 Millionen Goldeinheiten betragen soll und der Umwandlung ein Verhältnis von 1 Goldeinheit = 7 Kč zu Grunde gelegt ist:

In tausend Goldeinheiten:

Aktiva:

1. Zinslose Vorschüsse an den Staat . .	849.807
2. Diskontierte Wechsel	96.664
3. Diskontierte Wertpapiere	54.738
4. Lombarddarlehen	114.514
5. Valuten und Devisen	93.899
6. Goldbestand	270.169
7. Andere Aktiva	30.944
	1,510.735

Passiva:

1. Aktienkapital	75.000
2. Reservefonds	7.286
3. Banknotenumlauf	1,143.173
4. Giroguthaben	92.127
5. Kassenscheine im Umlauf	1.401
6. Andere Passiva	191.748
	1,510.735

Die zinslosen Vorschüsse an den Staat sind entstanden aus dem früheren Posten »Guthaben bei der österr.-ung. Bank«, der um den eingezahlten Betrag der Vermö-

[1]) Steiner im Bankarchiv XVIII, Seite 242.

[2]) Inzwischen wurde das Notenbankgesetz durch die Novelle 1925 ergänzt und die Gründung der Notenbank am 28. Oktober 1925 durch öffentliche Aufforderung zur Zeichnung der Aktien in die Wege geleitet.

gensabgabe vermindert ist, so wie es der Zweck der Vermögensabgabe verlangt, wobei ausserdem noch die im Ausweise des Bankamtes enthaltenen »stillen« Goldreserven (Gold von der österr.-ung. Bank, der Ertrag der Goldsammlungen u. s. w.) von ca. 45 Millionen Goldkronen abzuziehen sind, andererseits den Goldbestand um denselben Betrag vergrössern. Der Goldbestand vergrössert sich ausserdem noch um das Aktienkapital, das in Gold zahlbar ist, wobei allerdings Einzahlungen in Goldvaluten nicht vorausgesetzt wurden, was aber lediglich Einfluss auf eine Änderung innerhalb der einzelnen Aktiva haben kann, da sich dann der Posten »Auslandsguthaben« auf Kosten des Goldbestandes vergrössert. Der Reservefonds ist gebildet aus dem früheren Posten »gebundene Einlagescheine« und »zurückbehaltene Banknoten« und wurde der Bank seitens des Staates als Vergütung für die zinslosen Vorschüsse von 849.807/m Goldeinheiten zediert. Die Berechnung der Deckung des Umlaufes ergibt: gedeckt durch Gold 19·6%, Gold und Auslandsguthaben 27·9%, gesamte bankmässige Deckung 51·2%. Ist aber die Gründung einer Goldnotenbank, deren Notenumlauf mit fast 50% durch Vorschüsse an den Staat »gedeckt« ist, als ein Vorteil anzusprechen, und könnte diese Bank auch bei so hoher staatlicher Belastung allen Anforderungen, welche die Volkswirtschaft an eine Goldnotenbank stellt, Genüge leisten?

Diese Argumentation Rašín's war allerdings durch die feste Zuversicht in die eigene Kraft begründet, da er durch die Vermögensabgabe eine Abtragung der Staatsnotenschuld bis auf einen unbedeutenden Betrag in verhältnismässig kurzer Zeit erhoffte. Die Schwierigkeiten aber, welche die Erhebung der Vermögensabgabe später nach Rašín's Tode aufwies, bewogen die Regierung die Währungspolitik auf eine von dem Erfolge der Vermögensabgabe unabhängiger Basis zu stellen[1]), ihren ursprünglichen rein währungspolitischen Charakter zu ändern und der Notenbank zur Durchführung der währungspolitischen Programmes eine Auslandsanleihe zu verschaffen. Das ist aber gerade dasjenige, was Rašín ver-

[1]) Die Novelle zum Gesetze über die Notenbank (nicht Vermögensabgabe!) vom 23. April 1925, Nr. 102 d. S. d. G. u. V., bestimme in § 49 a, dass $^2/_3$ der Einzahlungen auf die Vermögensabgabe zur Verminderung der schwebenden Schuld, bestehend in jederzeit diskontierbaren Bons, verwendet werden sollen, falls die Staatsnotenschuld den Betrag von 5 Milliarden Kč nicht übersteigt. Dies ist aber keine Änderung des Zweckes der Vermögensabgabe, wie es den Anschein hat, da die Amortisierung der Staatsbons nur einen Vorschuss an den

meiden wollte, als er das Gesetz über die Vermögensabgabe ausarbeitete, da er einmal in der damaligen Zeit keinen Kredit für Währungszwecke hätte erhalten können, andererseits er sich gehütet hätte, diesen Kredit einer verhältnismässig derart unproduktiven Investition zuzuführen, wo es damals dem Staate für weitaus produktivere Zwecke fehlte. Dies ist auch das einzige vernünftige Motiv, welches die auf der ganzen Volkswirtschaft schwer lastende Vermögensabgabe begründen und die logisch einzig mögliche Verwendung, welche die Vermögensabgabe gehabt hat.

b) Die Vermögensabgabe.

Durch das Gesetz vom 10./4. 1919 Nr. 187 hatte Rašín die neue Währung geschaffen. Er legte weiter die Grundsätze ihrer Verwaltung durch das Bankamt fest und zeigte die Richtlinien der Kreditpolitik, welche ausgesprochen antiinflatorischen Charakter tragen. Die Einhaltung dieser Politik bemüht er sich durch den Ausgleich des Staatsbudgets und Neuordnung der Staatsfinanzen überhaupt zu erleichtern. Neben diesen währungspolitisch rein negativen Massnahmen, welche eher den Zweck hatten, ein Hindernis gegen eine Verschlechterung zu bilden, als ein wirksames Mittel einer Besserung zu sein, stellte er in der Vermögensabgabe das einzige Werkzeug der positiven Politik auf. Die Art und Weise, wie diese aktive Währungspolitik mittels der Vermögensabgabe in Praxis umgesetzt und in die feinsten Detaile durchgeführt werden sollte, ist in seinen Reden und Schriften nicht klar auseinander gelegt, wie man es auch gar nicht anders erwarten könnte, da in dieser Hinsicht mit der Entwicklung der wirtschaftlichen Dinge gerechnet werden muss und ein detailliertes währungspolitisches Programm im allgemeinen nicht für Jahrzehnte im vorhinein festgelegt werden kann. Wir können uns somit nur mit dem Hauptgedanken befassen, wie ihn das obige Gesetz verkörpert.

Staat bildet, dessen Verzinsung seitens des Staates wieder dem ursprünglichen Zwecke, nämlich der Verminderung der Staatsnotenschuld zufliesst. Diese Verminderung geht nur langsam vor sich, da die Erfahrung gezeigt hat, dass ein geringer Betrag der Vermögensabgabe genügt hat, um die Gefahr für die Bewertung der Kč aus der Staatsnotenschuld einzudämmen. Dafür trat aber die Gefahr der schwebenden Schuld in den Vordergrund, sodass die jetzige Verwendung der Vermögensabgabe logisch dadurch erklärt werden kann, dass sie, ohne ihren ursprünglichen Zweck zu ändern, der Abwehr der relativ grösseren Gefahr dient.

Die Vermögensabgabe ist der Grundpfeiler der aktiven Währungspolitik, ist aber auch das am meisten umstrittene Objekt des ganzen Sanierungsplanes überhaupt. Sie geht von einer bestimmten Voraussetzung aus und so ist auch ihr Zweck und ihr positiver Erfolg von diesen Voraussetzungen abhängig. Alle Angriffe gegen die Vermögensabgabe gehen natürlich auf einen Kampf gegen diese Voraussetzungen aus, da mit deren Widerlegung der Vermögensabgabe jede logische Existenzberechtigung genommen ist.

Bereits anlässlich der Abstempelung wurde eine genaue Konskription des Vermögens vorgenommen für eine Vermögensabgabe, welche erst im Jahre 1920 durch das Gesetz vom 8. April 1920, Nr. 309 eingeführt wurde. Den Zweck der Vermögensabgabe definiert § 1 dieses Gesetzes folgendermassen: »Die Vermögensabgabe und die Vermögenszuwachsabgabe, welche nach den Bestimmungen dieses Gesetzes erhoben werden, sind in erster Linie dazu bestimmt, eine Voraussetzung für die Wiederaufrichtung der Währung zu bilden. Sie haben weiter der Ausgleichung der Lasten zu dienen, welche durch den Umtausch von Staatsnoten gegen abgestempelte Banknoten der österr.-ung. Bank, durch Einziehung der Banknoten und Übernahme der Girokonten im Sinne der Gesetze 84/1919 und 187/1919 entstanden sind. Etwaige Überschüsse können mit Ausschluss der laufenden Defizite der Staatswirtschaft zur Begleichung der drückendsten, durch die Gründung und Erhaltung des tschechoslovakischen Staates entstandenen Schulden verwendet werden. Ein besonderes Gesetz wird bestimmen, zu welchem Zwecke diese Überschüsse Verwendung finden können.«

Der Gesetzgeber ging hier also von zwei Prämissen aus: nämlich, dass die Währung nicht gesund sei und daher einer Wiederaufrichtung bedürfe, und weiters, dass hier eine Last oder Schuld des Staates vorliege, welche eben durch die Vermögensabgabe ausgeglichen werden soll. Wird nun die Tatsache einer Wiederaufrichtung der Währung von niemandem geleugnet, so gehen alle Angriffe gegen die Vermögensabgabe dahin, den Schuldcharakter des tschechoslovakischen Staatspapiergeldes zu leugnen. Einer der bedeutendsten Gegner der Vermögensabgabe ist Fořt, der in allen seinen Reden und Schriften nicht einsehen will, warum »unser Staat eine Schuld bezahlen soll, da doch unser Staat im Gegenteil Gläubiger der österr.-ung. Bank ist und zudem unser Staat w i r s e l b s t sind«, sodass man sozusagen die Vermögensabgabe aus der einen

Tasche herausziehe, um sie sofort in die andere zu legen. Die Vermögensabgabe ist ihm daher ein Nonsens, da hier Gläubiger und Schuldner ein und dieselben Personen sind. Diese Ansicht, welche auf einer Verkennung und Verwechslung von wirtschaftlichen, finanzpolitischen und juristischen Elementen beruht, bedarf einer Klärung und Widerlegung. Man kann nun unter Ausserachtlassung der nationalökonomischen und geldpolitischen Konsequenzen, welche eine Papiergeldemission nach sich zieht, an dieses Problem unter zwei Gesichtspunkten treten: einem finanzwirtschaftlichen und juristischen.

Finanzwirtschaftlich stellt die Emission von definitivem obligatorischen Papiergeld eine Zwangsanleihe ohne Zinsen dar. Um sich von seinen Verpflichtungen zu befreien, übergibt der Staat seinen Gläubigern Geldzeichen, welche sie als Tilgung ihrer Forderung annehmen müssen. In dieser Hinsicht ist es irrelevant, ob der Österreichisch-Ungarische Staat das Papiergeld direkt oder über den Weg des Kredites bei der österr.-ung. Bank in Umlauf gesetzt hat, obwohl man in einer Emission der Bank eher eine Bremse erblicken könnte, welche eine starke und unabhängige Bankleitung den Ansprüchen des Staates entgegenzustellen vermag. Wie aber in den meisten kriegführenden Staaten war auch in Österreich der Wille des Staates stark genug, um die Bank den Ansprüchen des Staates gefügig zu machen. Die Folge davon war, dass von den umlaufenden 30 Milliarden Banknoten der österr.-ung. Bank rund 85% durch Schuldverschreibungen des Staates gedeckt waren, sodass (finanzpolitisch) jeder Banknotenbesitzer scheinbar die Bank, in Wirklichkeit den Staat zum Schuldner hatte[1]), da ja die Solvenz der Bank von der Rückerstattung der Vorschüsse seitens des Staates abhängig war.[2]) Praktisch kommt es also bei der Emission von Papiergeld auf die Person des Emittenten nicht an.

Nicht aber auch juristisch. Hier liegt in der Person des Emittenten ein Unterschied, denn auch durch die Emission von Papiergeld, das, wie in Österreich vornehmlich durch den Staat gedeckt war, blieben die Banknotenbesitzer Gläubiger der B a n k. Sie blieben es auch weiterhin, als der tschechoslovakische Staat die auf seinem Ge-

---

[1]) Dieser Unterschied schwebt höchstwahrscheinlich auch Amonn vor Augen, wenn er in nicht ganz klarer Weise von »formellen Banknoten und materiellem Staatspapiergeld« spricht. (Siehe Seite 12.)

[2]) Vergl. Jèze, Cours de science des finances, Seite 395.

biete umlaufenden Banknoten mit einem Stempel versah, ihre willkürliche Vermehrung seitens der österr.-ung. Bank unmöglich machte und ihnen den Charakter obligatorischen Kurrantgeldes verlieh. Mit dem Umtausch der abgestempelten Banknoten der österr.-ung. Bank gegen čs. Staatsnoten tritt aber eine Änderung im Gläubigerverhältnis ein: der Staat lässt sich kraft seiner Autorität sämtliche Forderungen aus Banknoten gegen die österr.-ung. Bank zedieren und stellt jedem Notenbesitzer eine Schuldverschreibung auf sich selbst aus, welche die Form einer Staatsnote hat.[1]) In diesem Vorgange, der juristisch als privative Novation anzusprechen ist, erkennt der čs. Staat die tatsächliche, von der österr.-ung. Regierung auferlegte Zwangsanleihe in der juristischen Form der Banknoten der österr.-ung. Bank als seine eigene (juristische) Verpflichtung an, womit er stillschweigend auch sämtliche Verpflichtungen aus dieser Zwangsanleihe auf sich nimmt; der čs. Staat tritt demnach juristisch an die Stelle der österr.-ung. Bank, im Grunde aber tatsächlich an die Stelle des österr.-ung. Staates.

Rašín sah diesen Zusammenhang und er wusste auch, dass die Wiederaufrichtung der Währung oder die Einführung einer neuen Währung ohne Absorbtion dieser effektiven Staatsschuld nicht möglich wäre. Der Staat hatte nun die Möglichkeit, sich dieser Schuld auf drei Wegen zu entledigen: 1) indem er auf dem Wege des Staatsbankerotts die Staatsnoten verruft, 2) indem er die Notenzwangsanleihe in eine niedrig verzinsbare langfristige Zwangsanleihe umwandelt, 3) indem er eine Vermögensabgabe erhebt und aus deren Ertrag die Schuld absorbiert. Da Rašín einen Bankerott des Staates unter allen Umständen vermeiden wollte, löste sich für ihn das ganze Problem in die Opportunitätsfrage auf: Zwangsanleihe oder Vermögensabgabe? Aus ökonomischen, finanzwirtschaftlichen und politischen Erwägungen heraus entschloss er sich für die Politik der Vermögensabgabe, zu welcher er übrigens noch aus einem Grunde griff; er wollte in der Vermögensabgabe eine Institution schaffen, welche wenigstens einigermassen die Vermögensumwälzungen, die der Krieg und die Inflation hervorgebracht hatten, durch eine stark progressive Steuer paralysieren sollte. Der praktische Erfolg dieser an sich gu-

[1]) An dem Rechtsverhältnis der ö.-u. Bank zu den von ihr ausgegebenen Banknoten wird allerdings nichts geändert, der Staat behält sich nur das ausschliessliche Recht vor gegen die Bank Forderungsrechte aus Banknoten geltend zu machen. (§ 7, Ges. vom 10. April 1919, Nr. 187.)

ten Idee war aber weitaus geringer als erwartet wurde und auch Rašín selbst scheint über die tatsächlich erzielten Ergebnisse enttäuscht worden zu sein.

Die Ausführung dieser Idee wäre zweifellos gelungen und hätte allen Erwartungen entsprochen, wenn schon bei der Abstempelung ein grösserer Betrag zurückbehalten worden wäre a conto der Vermögensabgabe und wenn man die Vermögensabgabe sonst rasch eingezogen hätte. Durch die ungemeine Starrheit des byrokratischen Finanzapparates aber kam es, dass die Steuerzahler ihre Veranlagungen erst im Laufe der Jahre 1922 und 1923 erhielten, wo der innere Wert der Kč bereits höher stand, als zur Zeit, wo das Gesetz erlassen worden ist (1920). Selbst diese Zeitspanne genügte, um in den 1919 festgestellten Vermögensverhältnissen Veränderungen eintreten zu lassen, die später durch die Veranlagung nicht mehr berücksichtigt werden konnten, sodass die Vermögensabgabe tatsächlich aus einer anderen Vermögensmasse erhoben wurde, als der, welche ursprünglich das Objekt der Aussmessung und Veranlagung bildete. Dabei muss noch berücksichtigt werden, dass die Vermögensumwälzungen mit dem 1. März 1919, der als Stichtag gewählt wurde, noch lange nicht abgeschlossen waren, vielmehr eigentlich erst die folgenden Jahre die stärksten Umwälzungen aufwiesen, die von der Vermögensabgabe allerdings nicht mehr erfasst werden konnten. Und so verlor denn diese Idee durch die Mängel der technischen Organisation und durch die Veränderungen der wirtschaftlichen Lage, die allerdings auch Rašín nicht voraussehen konnte, ihre Vorteile, da ihr praktischer Nutzen durch grössere wirtschaftliche Schäden, die durch die erwähnten Umstände eintraten, erkauft werden musste.[1])

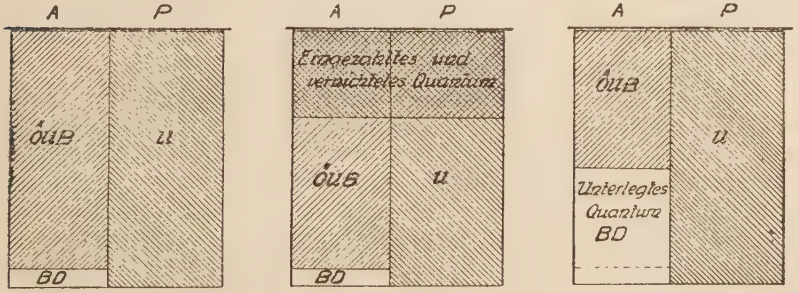
Wir sagten bereits, dass dem Bankamte als ausführenden Organ die Vermögensabgabe als Sanierungsmittel in die Hand gegeben wurde. Neben diesem engen Zusammenhange, den die Erfüllung der dem Bankamte gesetzten Aufgabe voraussetzt, hat die Vermögensabgabe für das

[1]) Die rasche Einziehung hätte der Vermögensabgabe ohne Zweifel alle jene Härten und Nachteile genommen, die sie ja erst im späteren Stadium aufzuweisen hatte, sie hätte aber auch die Finanzverwaltung entlastet, welche durch die Vermögensabgabe in der Verwaltung der direkten Steuern um 2 Jahre im Rückstand ist. — Die Klagen über den Steuerdruck resultieren zum grossen Teil daraus, dass die Steuerzahler nun einer Steuerschuld für 3—4 Jahre gegenüberstehen, da sie in früheren Jahren mangels ihrer Voraussicht keine entsprechenden Rücklagen machten.

Bankamt aber noch weit grössere Wichtigkeit, denn sie hat direkten Einfluss auf den Stand des Bankamtes, ein Einfluss, der in einem Vergleich der Ausweise 1921/24 plastisch vor Augen tritt. In den Ausweisen wirken sich auch die beiden Wege aus, welche das Bankamt gehen kann, will es den vom Gesetzgeber gewünschten Zweck erreichen: Es kann die Vermögensabgabe entweder dazu gebrauchen, die vollwertigen Aktiven auf Kosten, d. h. mit entsprechender Verminderung der uneintreibbaren »Guthaben bei der österr.-ung. Bank« vergrössern, oder die Passiva durch Zusammenziehung des Postens »Staatsnotenumlauf« verkleinern, in beiden Fällen ist der Erfolg für die Währung derselbe: Die steigende »Wiederaufrichtung« macht sich in zunehmender Prozentzahl der bankmässigen Deckung und dementsprechend abnehmender Prozentzahl ungedeckter Staatsnoten bemerkbar. In Konkreto: Der Zweck der Vermögensabgabe, die Absorbtion der ungedeckten Staatsnoten, kann entweder durch ihre Unterlegung mit effektiven Werten (Gold, Devisen etc.) oder durch ihre gänzliche Vernichtung ohne Gegenwert erfolgen.

Beide Wege, die sich im Ausweise erkennbar machen, können wir uns schematisch in folgender Form vor Augen führen:

Schema der Ausweise:



A..... Aktiva
P..... Passiva
ÖUB.. Guthaben bei der österr.-ung. Bank (Staatsnotenschuld)
BD ... Bankmässige Deckung
U..... Umlauf (auf der Passivseite der Einfachheit halber nur der Umlauf angenommen)

Trotz desselben Endeffektes, trotz derselben Auswirkungen für die Währung selbst, besteht in den Konsequenzen beider Methoden im Wirtschaftsleben ein sehr grosser Unterschied. Hier sind wir auch an der Quelle der vielen Irrtümer, welche ihre Schlüsse auf einer ungenauen

und oberflächlichen Analyse aufbauen und vor allem zwei wichtige Tatsachen nicht unterscheiden: Handelt es sich um Verminderung des Notenumlaufes überhaupt, um absolute Kontraktion, oder handelt es sich um Verminderung des ungedeckten Notenumlaufes, um Verminderung der eigentlichen Staatsnotenschuld? Die beiden Möglichkeiten der »Wiederaufrichtung« der Währung, die Verminderung des Notenumlaufes überhaupt und die Verminderung des ungedeckten Notenumlaufes durch Unterlegung mit wirtschaftlichen Werten hängen insoweit zusammen, als ohne Verminderung des ungedeckten Notenumlaufes eine Verminderung des Notenumlaufes praktisch nicht möglich ist. Dies gilt aber nicht für das umgekehrte Verhältnis, wo eine Verminderung des ungedeckten Notenumlaufes auch ohne Verminderung des Gesamtumlaufes vor sich gehen kann, und die Veränderung sich innerhalb desselben qualitativ erkennbar macht.

Es kann nun kein Zweifel darüber sein, dass in der übergrossen Mehrzahl der Fälle, wo von der Rašín'schen Deflationspolitik die Rede ist, seine Politik schlechthin mit der Herabsetzung des Notenumlaufes identifiziert wird. Diese Auffassung entstand und fand ihre Bestätigung in der oberflächlichen Betrachtung der Bankausweise, wo die Umlaufsziffer gegen früher tatsächlich gesunken ist. Ein Vergleich der Ausweise zeigt uns aber die wirklichen Tendenzen der Wirtschaftspolitik und ihre Auswirkungen auf die Grösse der Staatsnotenschuld.

Da das Bankamt bei der Notenausgabe weder direkt durch Kontingentierung eines Maximalbetrages, noch indirekt durch eine Einlösbarkeit des Papiergeldes in Metall gebunden ist und die Politik der Geldschöpfung lediglich von seinem Gutdünken abhängig ist, so können wir aus seiner Politik direkt die Absichten Rašíns ablesen, da er sich ja bei der Verwirklichung seines Planes des Bankamtes besonders stark bediente. In der ersten Zeit sehen wir nun, dass der Staatsnotenumlauf die bei der Abstempelung des Umlaufes zurückbehaltenen Noten bald überschritt, da der Geldbedarf infolge des einsetzenden Wiederaufbaues der Volkswirtschaft nach dem Kriege grösser wurde. Diese Erhöhung wurde hauptsächlich erzielt durch die Erhöhung der Lombardschulden, da der Lombardierung, die als vollwertige bankmässige Deckung anerkannt wurde, vom Bankamte deshalb keine grossen Schwierigkeiten entgegengesetzt werden konnten, da es einer grösseren Zahl von Häusern, welche durch österr. Kriegsanleihen immobilisiert waren, die helfende Hand reichen musste.

Diese weitherzige Politik des Bankamtes, die weit entfernt war, das Muster einer Restriktionspolitik zu sein, verurteilte das Bankamt zur Einflusslosigkeit am Geldmarkte und zwang es bei Abflauen der Nachkriegskonjunktur, erst die Lombarddarlehen zu vermindern, wobei die Verminderung der Lombarddarlehen naturgemäss eine Verminderung des Notenumlaufes zur Folge hatte. Die Restriktion des Umlaufes zeigte sich erst, als der Preisfall 1923 eine solche verlangte, da einem um 50% niedrigeren Preisniveau nicht derselbe Umlauf gegenüber stehen konnte, und hier, also erst n a c h dem Preisfall begann die Restriktionspolitik des Bankamtes, da ohne eine solche das Preisniveau sich nicht hätte erhalten lassen können.

Und diese Restriktion war es auch, aus der man den Schluss zog, dass Rašín die Vermögensabgabe zur Verminderung des Staatsnotenumlaufes gebrauchte, während wir gezeigt haben, dass die Verminderung w e s e n t l i c h auf der Restriktion der stark aufgeblähtem Lombardkredite und auf einer Restriktion des Umlaufes n a c h der Preissenkung beruht. Im Gegenteil zeugen relativ steigende bankmässige Deckung bei mässig fallenden Notenumlauf von einer Verwendung der Vermögensabgabe, welche auf planmässige Vergrösserung der Aktiva hinarbeitet, für die also der Gesamtumlauf ohne primäre Bedeutung ist und welche nur die Q u a l i t ä t der umlaufenden Staatsnoten verbessern will. (Vergl. hinzu das Schema.)

Dies sind also die tatsächlichen Folgen, welche Rašín's Bankpolitik nach sich zog und aus denen klar hervorgehen muss, dass er an eine Restriktion des Umlaufes zum Zwecke der Preissenkung gar nicht dachte, vielmehr bemüht war, die Statsnotenschuld zu absorbieren und dies durch Anschaffung realer Deckungswerte erreichen wollte. Daraus, sowie aus der ganzen Politik des Bankamtes überhaupt geht aber auch hervor, dass Rašín seinen Plan nicht vom quantitätstheoretischen Gesichtspunkte aus konstruiert hat, sondern wir im Gegenteil bei ihm entgegengesetzte theoretische Anschauungen feststellen konnten, wenn man bei einem Politiker von Rašín's Schlage von theoretischen Anschauungen überhaupt sprechen kann. E i n Gedanke ist es, von dem alle seine Massnahmen geleitet werden: Es ist das Streben, das Bankamt durch eigene Kraft zum Beherrscher des Geldmarktes zu machen, um nicht nur die Geldschöpfung, sondern die Gebahrung der gesamten Wirtschaft regulieren zu können, und dieser Gedanke ist auch das höhere Ziel, dem seine innere Währungspolitik zustrebt.

D) Rašín's Persönlichkeit.

a) Rašín's nationalökonomische Ansichten und sein wirtschaftlicher Sanierungsplan.

Wenn wir den Rašín'schen Sanierungsplan in seiner logischen Ganzheit darstellen wollen, wie er sich uns durch die Einwirkungen auf die wirtschaftlichen Verhältnisse offenbart, so müssen wir von vornherein auf zwei Umstände hinweisen: Es ist einmal schwierig, den gedanklichen Aufbau einer Politik darzustellen und die wenigen, zumal unausgesprochen gebliebenen Hauptgedanken zu einem einheitlichen und logischen Ganzen zusammen zu fügen, Gedanken, die wir erst aus den Folgen der Politik selbst erkennen mussten, andererseits ist hier eine Wiederholung der bereits bei den einzelnen Massnahmen besprochenen Gedanken unvermeidlich. Diese Schwierigkeiten werden noch dadurch vergrössert, dass Rašín kein Theoretiker ist und deshalb die Begründung und Erklärung seiner Massnahmen aller jener theoretischen Feinheit und Durchdachtheit entbehren, die einer wissenschaftlich einwandfreien Politik eigen sind. — Daher ist auch das Wort »Sanierungsplan« ungenau, da »Plan« begrifflich ein festes System voraussetzt, welches wir bei Rašín nicht feststellen konnten, wenn wir allerdings wiederum den Begriff »System« durch allzu weite Fassung nicht preisgeben wollen. Und wenn im Folgenden doch ein System erkannt werden sollte, so darf nicht vergessen werden, dass dies eine Konstruktion ex post ist, und das Rašín sich dieses Systems nicht bewusst war.

Rašín baute den Gedankengang seiner Massnahmen auf der Analyse der Volkswirtschaft auf, wie er sie am Kriegsende vorgefunden hat. Wenn er sich nun in seiner Analyse mit dem Stande der österr.-ung. Bank eingehender befasst, so heisst das nicht etwa, dass er die Schuld an den misslichen wirtschaftlichen Zuständen dieser veränderten Lage der österr.-ung. Bank zuschreibt, sondern er will hier einerseits die markantesten ziffernmässigen Veränderungen zeigen, welche die Inflation hervorgebracht hatte, andererseits gerade hier das einzige Objekt

erblickt, wo ein sofortiger Eingriff des Staates allein möglich ist und von Erfolg begleitet werden kann. Das Gebiet der Währungspolitik erscheint ihm also nur als Anfang aller staatlichen Eingriffe geeignet (Abstoppung der Inflation), ist ihm also nicht wichtiger als andere wirtschaftspolitische Zweige. Die Währungspolitik ist ihm zunächst Objekt regelnder und ordnender Staatstätigkeit, da Einwirkungen auf Produktion, Landwirtschaft, Sozialpolitik usw. in der damaligen Zeit der wirtschaftlichen und politischen Anarchie nicht so ohne weiteres und in so kurzer Zeit einen Erfolg hoffen liessen. Rašín hat also nicht die »Veränderung in der Währungsdeckung«[1]) als Ursache der damaligen wirtschaftlichen Zustände aufgefasst, sondern er war sich bewusst, dass staatliche Eingriffe in dieser Hinsicht auf die Dauer zum Misserfolg verurteilt sind, wenn sie nicht von einer Gesundung der ganzen Volkswirtschaft begleitet werden, ein Grundsatz, den zu wiederholen er niemals müde wurde: »Der Goldschatz und die Valuta sind nicht die Hauptsache. Es ist die ganze Wirtschaft, deren Gesundung ist erster Linie anzustreben ist.«[2]) Und weiter: »Ohne Entwicklung der Wirtschaft, Belebung der Produktion, ohne gute Ernte, ohne schaffende Tätigkeit, ohne schaffenden Unternehmungsgeist, die alle neue Güter, neue Werte und ihren Umlauf erzeugen, gibt es und wird es keine gute Währung geben, und die Wiederherstellung einer zerrütteten Währung ist unmöglich«.[3]) Die Inflation ist ihm daher nicht nur ein Problem der Währung, sondern weit wichtiger erscheinen ihm die Einwirkungen auf die Wirtschaft. Die Inflation entsteht nicht nur durch Vermehrung des Umlaufes, sondern durch wirtschaftlich nicht begründetes Wachsen der Einkommen, durch Sinken der Produktivität der Arbeit, durch erhöhten Konsum und Aufhören jeder Spartätigkeit. Alle diese Umstände spiegeln sich in der Preisbildung wider, die Preise sind nicht mehr der Ausdruck der wahren Produktionskosten, der innere Wert der Geldeinheit ist dadurch verschleiert. Das Inflationsproblem in seinem Folgen ist ihm also mehr, als die oben erwähnte »Veränderung in der Währungsdeckung«, sie ist ihm ein Problem der Produktion und der Verteilung und deshalb hält er es auch für unmöglich, unter diesen Umständen zu einer geregelten Wirtschaftsweise zu gelangen, solange nicht die Wirtschaft von allem unnatürlichen, welches die Inflation hervorgebracht hatte, befreit ist, solange

[1]) Worliczek, Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der ČSR, Seite 6.

[2]) Rašín, Rede vom 20/12. 1918, enthalten im »Plan«, Seite 133.

[3]) Rašín, Plan, Seite 50.

nicht wieder Arbeitslust und Sparsamkeit in der Bevölkerung wachgerufen sind. In diesem Zustande eine Stabilisierung versuchen zu wollen, wäre erstens infolge der Einstellung der Wirtschaft a la baisse nicht möglich, und dann hiesse dies ja nicht nur die Währung stabilisieren, sondern auch alle wirtschaftlich abnormalen Zustände, wie sie eben die Inflation nach sich zieht, der innere Wert der Geldeinheit würde trotzdem nicht klar zur Geltung kommen, da in den Preisen nicht die wahren Produktionskosten ersichtlich sind. Daher muss die Wirtschaft erst zur Aufgabe aller diser Erscheinungen gebracht werden, ehe an eine Stabilisierung gedacht werden kann, und dieser Gesundungsprozess ist ihm die Deflation.

Der Rašín'sche Deflationsbegriff[1]) ist wesentlich anders gefasst, als z. B. von Keynes, der sie gar zu eng als Rückkehr zur Goldparität anspricht.[2]) Die Deflation ist für ihn ein Prozess, der die Folgen der Inflation beseitigen soll, der vor allem die auf irrationaler Wirtschaftsrechnung beruhende Preisbildung abschaffen und die wirkliche innere Kaufkraft der Geldeinheit auf einer rationalen Wirtschaftsweise aufbauen soll, die Deflation ist ihm entschieden mehr, als ein blosser mechanisch-quantitätstheoretischer Eingriff in das Währungssystem, an welches er immer erst an zweiter Stelle denkt. Die Deflation erscheint ihm als conditio sine qua eine Wiederherstellung der Wirtschaft unmöglich ist, und die also jeder Staatsmann sobald als möglich zu wünschen hat.

Wie soll nun diese Deflation durchgeführt werden, da er in ihr die Hauptbedingung einer wirtschaftlichen Wiedergesundung erblickt? Rašín gibt ein sehr einfaches Rezept dazu: Arbeiten und Sparen. Sparen ist ihm dabei nicht nur Einschränkung von Konsumtion und Kapitalbildung, sondern eher rationelle Produktion und Sparen an Produktionskosten, um billiger verkaufen zu können, Arbeiten bedeutet ihm nicht nur Produktion alles dessen, was konsumiert wird, sondern Ersatz der durch den Krieg abgebrauchten oder vernichteten Produktionsmittel. Was für die Einzelwirtschaften gilt, gilt in erhöhtem Masse für die Staatswirtschaft, hier muss mit dem Sparen begonnen werden, da sonst nicht die Steuern her-

[1]) Wir erkennen einen Deflationsbegriff überhaupt nicht an, deshalb gebrauchten wir immer nur das Wort »Kontraktion« oder »Restriktion«, an dieser Stelle ist es aber unvermeidbar, von »Deflation« zu sprechen, da gezeigt werden muss, was sich Rašín unter diesem Begriffe vorstellte.

[2]) Vergl. »Manchester Quardian« v. 6. April 1922.

abgesetzt werden können, die wiederum einen grossen Teil der Produktionskosten ausmachen. Durch Herabsetzung der Produktionskosten wird die Industrie konkurrenzfähiger, da sie ihre Preise herabsetzen kann und in erhöhten Masse ausführen können wird. Durch die fortschreitende Konsolidierung der wirtschaftlichen Zustände steigt auch das Interesse des Auslandes und hebt auf diese Weise den Wechselkurs, dessen Höhe Rašín immer als direktes Mass der Kreditwürdigkeit ansieht. Das Steigen des Kurses hat aber wiederum für die innere Wirtschaft grosse Bedeutung: Da das inländische Preisniveau durch einen Kursaufstieg über die Weltmarktparitäten gehoben wird, muss die Industrie ihre Preise herabsetzen, sie wird dies nicht ohne ein »reinigendes Gewitter der Krise« tun können, die alles, was wirtschaftlich schwach oder nicht berechtigt ist, vernichten wird. Die übrige Industrie muss, um weiterhin konkurrenzfähig zu bleiben, ihre Produktionskosten noch weiter herabsetzen, sie muss ihre innere Organisation verbessern und zur vorsichtigen Kalkulation erzogen werden.[1]) Diese Kurssteigerung wird aber nur solange fortgesetzt, als die wirtschaftliche Lage eine Stabilisierung und die Rückkehr zu einer gesunden Währung noch nicht gestattet.

Wie man sieht, ist die Währungspolitik in der Konzeption seines Sanierungsplanes nicht erwähnt, sie tritt bei ihm an Wichtigkeit entschieden an die zweite Stelle zurück, ihr ist eher eine subsidiäre Rolle zugedacht, da Rašín richtig einsieht, dass eine blosse Währungspolitik allein nicht den Schlüssel zur Heilung der Inflationswirtschaft bietet. Wie kommt es nun, dass Rašín trotzdem seinen Sanierungsplan mit der Währungsreform in Angriff nimmt? Es wurde bereits gesagt, dass es vor allem verwaltungsrechtliche und technische Momente waren, welche sich eine Loslösung der Währung erzwangen und dass die Währungspolitik das einzige Gebiet bildete, wo

[1]) Als starker Nationalist, der die Industrie seines Landes durch seine Massnahmen e r z i e h e n wollte, merkte Rašín gar nicht, dass er sich dem List'schen Standpunkte stark näherte, wenigstens in dem Einen, dass die Nation »gegenwärtige Vorteile aufopfern muss, um sich zukünftige zu sichern«. (Vergl. List, Das nat. System der Politischen Ökonomie, Ausg. Cotta, 1841, Seite 216.) Dieser Satz stellt überhaupt die Basis der ganzen politisch-ökonomischen Konzeption Rašíns dar und sein Grundsatz »per aspera ad astra« ist es auch, der ihn die schmerzhaften Folgen seiner Politik leicht verwinden lässt, da er dadurch eine bessere Zukunft seines Volkes in greifbarere Nähe gerückt sieht.

ein staatlicher Eingriff nicht von vornherein zu Misserfolg verurteilt war, dass also einfach nichts anderes gemacht werden konnte. Ausserdem sieht Rašín in den chaotischen Zuständen am Geldmarkte ein grosses Hindernis einer allgemeinen Sanierung, er sieht ein, dass irgendeine bewusste Politik, sei es nun eine Preis- oder Produktionspolitik, welche die Zentralbank zum ausführenden Organ macht, unmöglich ist, wenn die Zentralbank nicht Herr des Geldmarktes ist und daher auch nicht die Geldschöpfungs- und Kreditpolitik als Mittel der Einwirkung auf Preise und Produktion gebrauchen kann. Deshalb strebt er in erster Linie die Beseitigung der Inflationsfolgen am Geldmarkte an, als deren typisches Bild er nicht die Loslösung des Geldes vom Golde ansieht, (»Inflation entstand nicht nur durch Loslösung der Währung vom Golde und kann auch nicht durch einfache Verkettung mit dem Golde beseitigt werden[1])«), sondern Aufhören der Kreditwirtschaft, Geldüberfluss und Ausschaltung des Diskontsatzes als Regulator der Wirtschaft: »Worum geht es in erster Linie bei der Heilung der Inflation? Durch die Verminderung der Geldzeichen soll wieder die Kreditwirtschaft eingeführt werden«.[2]) Und wenn er daneben auch von Kreditinflation spricht, so schwebt ihm wieder der Einfluss auf den Geldmarkt, die Unmöglichkeit dessen Beherrschung durch den Diskontsatz vor Augen, eine Anschauung, die anglo-amerikanische Einflüsse verrät, denen Rašín besonders nahe gestanden hat. Daher ist auch die Zurückbehaltung der Hälfte der vorgelegten Banknoten anlässlich der Abstempelung nicht dem Ausflusse quantitäts-theoretischer Überlegungen zuzuschreiben, sondern dem Bestreben, »die Kreditwirtschaft an Stelle der Geldwirtschaft zu setzen«.[3]) Es kann also von einer Widerlegung der Rašín'schen Quantitätstheorie nicht gesprochen werden, als trotz Verkleinerung des Umlaufes die Preise zu steigen anfinden, denn die Absicht der gewollten Preissenkung ist ihm erst später von anderen vielfach zugeschrieben worden, welche die Abstempelung und Zurückbehaltung nur von diesem Gesichtspunkte aus interpretieren zu müssen glaubten, er selbst hatte sich nie dieser Illusion hingegeben: »...ich wies die Ansicht ab, als ob eine Verminderung des Umlaufes an und für sich eine Preissenkung zur Folge haben könnte und bezeichne-

[1]) Rašín in den »Národní Listy« vom 16. April 1922. (Polemik mit Keynes.)

[2]) Rašín, Politik, Seite 32.

[3]) Rašín, Plan, Seite 27.

te diese Anschauung als Naivität...«[1]). Trotz dieser klaren und eindeutigen Zurückweisung der Ansicht, dass ihm die Quantitätstheorie das Motiv seiner Massnahmen und seiner Politik abgab, wurde diese Ansicht von seinen Interpreten und Kritikern mit einer Hartnäckigkeit verfochten, die eigentlich Bewunderung auslösen sollte, zumal seine Politik fast das Gegenteil dessen zum Ausdruck bringt, was ihm zugeschrieben wurde. Oder meint man etwa, Rašín hätte als Restriktionist, der durch Restriktion an Zahlungsmitteln einen Preisfall erzielen will, eine Politik betrieben, welche der Vermehrung von Zahlungsmitteln nach Notenbankmässigen Grundsätzen keine Schranken stellt, hätte er gestattet, dass der Umlauf an Zahlungsmitteln nur um eine einzige Kč grösser werde, und hätte er gestattet, dass durch das Bankamt die auf die Vermögensabgabe eingezahlten Noten durch Ankauf von Gold, Devisen, Wechseln etc. wieder in den Verkehr gesetzt werden?

Jede objektive und unvoreingenommene Untersuchung seiner Politik wird also feststellen müssen, dass, da das Bankamt jede auf die Vermögensabgabe eingezahlte Note wieder in den Verkehr bringen kann, von einer primären von quantitäts-theor. Erwägungen geleiteten Zusammenziehung des Umlaufes, welcher der Verkehr erst (nachher) folgen soll, nicht gesprochen werden kann, sondern im Gegenteil der Verkehrsbedarf von Rašín als das Primäre gedacht war, dem sich der Notenumlauf, allerdings nach Absorbtion des inflatorischen Quantums anpassen muss. Weiters muss sie seine Idee feststellen, die auf die Vermögensabgabe unfundiert eingezahlten Noten durch fundierte (Wechseldiskont, Lombard etc.) zu ersetzen, nicht also quantitativ, sondern qualitativ innerhalb der umlaufenden Noten einzugreifen.[2])

Rašín war also vor allem bestrebt, durch seine Massnahmen den Geldmarkt zu sanieren und die Zentralbank zum Beherrscher der Geldschöpfung und somit zum ausführenden Organ der gesamten Wirtschaftspolitik zu machen. Es ist ihm daher an erster Stelle keine Goldwährung

[1]) Wie man sieht, ist hier der Einfluss Fishers auf Rašín stark überschätzt worden, da Rašín in Fragen der praktischen Politik zu selbständig dachte, als dass man annehmen könnte, die Lehren Fishers hätten auch noch nach einem Menschenalter (Rašíns Schülerschaft bei Fisher geht auf den Anfang der Neunziger Jahre zurück) einen so nachhaltigen Einfluss ausgeübt, dass er sie sich zum Leitstern seiner Politik genommen hätte.

[2]) Zu dieser Anschauung bekennen sich, soweit wir die Litera-

erstrebenswert, auch eine Papierwährung scheint ihm gut genug, insoferne sie das »Ergebnis des Wirtschaftslebens ist«,[1]) und sich ihre Schöpfung in vernünftigen und vom Wirtschaftsleben verlangten Grenzen hält. Er ist kein Goldfanatiker, der das Gold als Heilmittel ansieht,[2]) obzwar er sich bewusst ist, dass eine Goldwährung währungspolitisch das Vollkommendste ist, da sie wenigstens eine Höchstgrenze der Geldschöpfung bildet, die bei der Papierwährung immer nur durch das subjektive Ermessen der Zentralbank gegeben ist, die dabei allerdings nicht frei von Irrtum sein muss. Sein oberstes währungspolitisches Ziel ist die Goldwährung, welche erst eingeführt wird, nachdem das Wirtschaftsleben vollkommen konsolidiert ist, die Staatsnotenschuld sich verringert hat und das Bankamt über eine angemessene Reserve verfügt, welche eine Einlösbarkeit garantiert. Dabei dürfte die neue Goldwährung keine reine Goldwährung mit effektivem Goldumlauf sein, da Rašín am Beispiel der österr.-ung. Bank vor dem Kriege sieht, dass eine Golddevisenwährung, verbunden mit einer zweckmässigen Diskontpolitik denselben Dienst leisten kann, wie eine reine Goldumlaufwährung, welche für die ČSR. als verhältnissmässig kleines Land sehr kostspielig wäre.

Wenn Rašín's Plan zu einem System zusammengefasst wäre, so wäre der logische Gedankengang dieses Systems kurz folgender:

Mit der Inflation wird in das Wirtschaftsleben durch die sich ständig ändernden Produktionskosten Ungewissheit eines jeden wirtschaftlichen Unternehmens hineingetragen, die innere Kaufkraft der Geldeinheit ist verschleiert, da sie sich nicht auf Grundlage rationaler Wirtschaftsrechnung aufbauen kann. Will man nun zu einer gesunden Währung zurückkommen, so muss man die Umwälzungen der Inflation in der Wirtschaft zunächst paralysieren und die Wirtschaft selbst zur Aufgabe aller Inflationserscheinungen bringen. Die wirtschaftlichen Schäden der Inflation müssen durch erhöhtes »Sparen und

---

tur überblicken können, ausser Pospíšil nur Amonn (»Die Währungspolitik ist von ganz anderen als restriktionistischen Gesichtspunkten aus beherrscht«. S. 14 und weiter »... Fundierung der Papierzahlungsmittel durch reale Deckungswerte«, S. 17.) und Rist, welcher (La déflation en pratique) der čs. Währungspolitik den Namen »déflation modérée« gibt. Beide gelangen aber zu diesem Standpunkt erst in neuester Zeit (1924). Vergl. auch S. 32., Anm. 2.

[1]) Rašín, Plan, Seite 50 f.

[2]) Vergl. hinzu Seite 66 ff.

Arbeiten« wettgemacht werden und die auf diese Art fortschreitende Besserung der wirtschaftlichen Zustände kann auf die Kreditfähigkeit und somit auf den Wechselkurs nicht ohne Einfluss bleiben. Durch allmähliches Steigen des Wechselkurses wird das inländische Preisniveau über die internationale Preisparität gehoben und muss sich nun dieser Preisparität durch entsprechenden Preisfall im Inlande wieder nähern. Der Preisfall wird durch sukzessive Herabsetzung der Steuerlasten erleichtert, welche mit fortschreitendem Budgetausgleich und der Herabsetzung der Staatsausgaben natürlich geringer werden. Durch den Preisfall werden aber die Betriebe gezwungen, vorsichtig zu kalkulieren, ihre innere Organisation zu verbessern, die Organisation des Absatzes zu verfeinern, um auf dem Weltmarkte konkurrenzfähig zu bleiben. Die neugegründeten Betriebe, welche die Inflation hervorgebracht hatte, werden sich bei dieser erhöhten Konkurrenz nur erhalten können, wenn sie wirtschaftliche Berechtigung haben, alle »Scheinblüte« wird verschwinden. Das Überlebende ist dann tatsächlich das Beste vom Besten.

Diese allmähliche Kurssteigerung wird solange fortgesetzt, bis die Krise die Säuberungsarbeit vollendet, bis die Wirtschaft alle unnatürlichen Inflationserscheinungen aufgegeben haben wird, und das Steigen des Kurses wird erst dann abgestoppt, wenn eine weitere Kurssteigerung nicht mehr Nutzen, sondern eher Schaden anstiften kann, »wenn der Widerstand der Wirtschaft gegen eine weitere Steigerung des Kurses am grössten ist«.[1]) Der so erreichte Kurs bildet die Grundlage für die zuerst virtuelle Devalvation, die später durch Gesetze, welche die neue, in ein festes Verhältnis zum Golde gebrachte Einheit definieren und den Umrechnungskurs der alten zur neuen Einheit festlegen, zur effektiven Devalvation wird. Die neue Währung wird k e i n e reine Goldwährung sein, sondern durch eine zweckmässige Diskontpolitik wird die Zentralbank die neue Währung in einem festen Verhältnis zum Golde (Dollar) zu erhalten haben. Das Ziel ist also die Golddevisenwährung.

---

[1]) Rašín in den »Nár. Listy« vom 16. April 1922. Es ist der gröbste Irrtum, Rašín die Idee zuschreiben zu wollen, er hätte sich im Voraus einen Kurs bestimmt, bis zu welchem er die Krone »hinauftreiben« wollte. Diese Idee geht auch von quantitäts-theoretischen Erwägungen aus und ist schon weiter oben als Naivität abgewiesen worden.

b) Rašín als Mensch und Staatsmann.

Die Persönlichkeit Rašín's nur vom Gesichtspunkte der volkswirtschatlichen Theorie und Politik aus darstellen zu wollen, gäbe u. E. ein unvollständiges Bild. Der Wirtschaftspolitiker Rašín kann nicht von der Rašín'schen Individualität, Politik und von seinem Puritanismus getrennt werden, denn gerade diese seine inneren Qualitäten und Eigenschaften lassen uns so manches bei ihm begreifen, dem wir sonst unverständlich gegenüberstehen würden, erst die Zusammenfassung aller dieser Seiten machen aus Rašín die wirklich starke Persönlichkeit, eine von den wenigen, welche die tschechoslovakische Republik in der Nachkriegszeit aufzuweisen hatte.

Was war Rašín vor dem politischen Umsturz? Seit 1908 Abgeordneter, dessen politisches Programm aber schon seit den neunziger Jahren auf der staatsrechtlichen Selbständigkeit der Länder der böhmischen Krone basierte und der eben durch das Bekenntnis zu dieser Politik im sogenannten »Omladinaprozess« zu zwei Jahren Kerker verurteilt wurde, um dadurch erst die Aufmerksamkeit des Volkes auf sich zu lenken und sich einen Namen zu schaffen. Seine politische Tätigkeit wird von Hass gegen Österreich getragen, ein Hass, der im Kriege offen destruktiv gegen alles Österreichische arbeitet und der in der österreichischen Revolution seinen Kulminationspunkt erreicht. Rašín ist einer von denen, die in Böhmen den Umsturz organisieren, er versteht es, in der Nacht vom 27. auf den 28. Oktober 1918 den letzten Anstoss zur Zertrümmerung der österreichisch-ungarischen Monarchie zu geben, er vermag aber auch die Volksmassen in seiner Gewalt zu behalten und jedes Blutvergiessen zu vermeiden. Er ist einer von den wenigen, die in entscheidender Stunde nicht den Kopf verlieren und wissen, was sie zu tun haben. Er schwingt sich in dieser Stunde zum schweigend anerkannten Führer des Volkes auf.

Von diesem Augenblick beginnt eigentlich für ihn die zweite Etappe seines Lebens, die konstruktive Arbeit für den eigenen Staat füllt seine ganze Tätigkeit aus. Wenn man bedenkt, wie schwer es für eine Nation ist, ohne staatliche Erfahrung, ohne genügende Vorbereitung nun aufbauend zu wirken, da deren früheres politisches Programm jahrhundertelang nur Opposition, Kritik und Negation gewesen ist, den wird die rasche Umorientierung Rašín's in Verwunderung setzen. Die zerstörende Tätigkeit wird durch schaffende, organisatorische Arbeit ersetzt, der Hass gegen Österreich wird zur Liebe für das eigene Volk und den eigenen Staat.

Rašín's Patriotismus ist keine Phrase, auch beleidigt und verrufen arbeitet er für den Staat weiter. Das Hysterisch-Exaltierte des tschechischen Nationalcharakters ist ihm fremd, er kennt Selbstverleugung; Pflichtgefühl und Sinn für Ordnung sind seiner Person eigen. Er ist kein Demagoge, er wirbt nicht um die Gunst der breiten Massen, er schreckt auch vor unpopulärer Politik nicht zurück, wenn sie dem Staate von Nutzen ist. Er hasst die Politik der unerfüllbaren Versprechungen und stellt sich rücksichtslos dem demagogischen Schlagworte entgegen. Das »allgemeine Wohl« ist ihm eine zu grosse Abstraktion, er stehlt ihr das konkrete Wohl des Staates gegenüber, für welches er jeden persönlichen Opfers fähig ist, dabei dieses Opfer aber auch rücksichtslos von anderen fordert.

Sein Geist steht dem anglo-amerikanischen Calvinismus am nächsten. Ernst und strenge Einfachheit entströmen ihm. Sein Puritanismus kennt keine ästhetische Auffassung der Welt und bedeutet persönliche Einschränkung im Notfalle, Notwendigkeit eines harten Lebens, Verwerfen aller Verweichlichung und Sentimentalität. In seinem Puritanismus geht er manchmal weiter, als es die Taktik erlaubt, er findet sich oft eher in der Rolle eines amerikanischen Predigers, als in der eines Politikers wieder. Aber auch hier wird sich dem Pathos seiner Angriffe gegen Verschwendungssucht und Verweichlichung, seinem Rufen, »dass nur republikanische Einfachheit die europäische Menschheit von den Folgen des Krieges heilen kann«, auch sein grösster Feind nicht verschliessen können. Diese Wesensverwandschaft mit dem angelsächsischen Geiste spiegelt sich auch in einigen seiner ökonomischen Anschauungen wider, sie ist es auch, welche ihn das französische Leben in seiner Leichtigkeit, zur Schau getragenen Sorglosigkeit und Beweglichkeit nicht begreifen lassen.

Mit seinem Puritanismus hängen auch noch zwei andere bedeutende Eigenschaften zusammen: Sein Individualismus und sein Radikalismus. Als überzeugter Anhänger der bürgerlichen Ökonomie ist er auch überzeugter Individualist, er glaubt, dass nur diese Politik auf realer Basis beruhe, welche die Stärkung des Individuums zum Ziele habe. In dieser Hinsicht kennt er gegen den Sozialismus keine Konzession, der Sozialismus erscheint ihm daher als durchaus verwerflich. Dabei ist er aber kein Arbeiterhasser, da er zuviel Rechtsgefühl für die Volksgemeinschaft hat. Er weiss den Wert des Arbeiters einzuschätzen, strebt für diesen eine höhere soziale und bessere materielle Stellung an, allerdings nicht auf Kosten der

anderen Klassen und im engen Rahmen der bürgerlichen Gesellschafts- und Wirtschaftsverfassung.[1])

Als Radikaler ist Rašín gegen jede Halbheit und Flauheit. Seiner ganzen Lebensgeschichte und seinem ganzen Lebenswerke entströmt vorwärtsschreitende und unbeugsame Energie. Er ist einzig und allein auf sein Ziel eingestellt, er übersieht vielleicht Wichtiges und Unwichtiges, Kleines und Grösseres, was andere nicht übersehen, aber er erreicht sein Ziel, denn nur durch dieses ist er fasziniert. Deshalb kennt er nur radikale und energische Massnahmen. Dieser Radikalismus ist bei ihm begründet durch die Unabhängigkeit von seiner Umgebung und durch äusserst klare Erfassung des Realen. Er ist kein differenzierter und theoretischer Geist, die deutsche Gelehrsamkeit und Nachdenklichkeit sind ihm fremd. In der Wissenschaft ist ihm das Primäre nicht die Wissenschaft an und für sich, sondern ihre Anwendung in der Praxis. Er kennt zwar die Literatur, destilliert aber die Rezepte seiner Massnahmen nicht aus Büchern heraus; für die Erkennt-

[1]) Diese seine ökonomische Einstellung kann damit erklärt werden, dass Rašín Zugehöriger, später Abgeordneter der Partei der »státoprávní demokracie« war, welche nach dem Umsturz zur nationaldemokratischen Partei wurde und sich immer mehr zur Partei des tschechischen Kapitals entwickelte. Rašín selbst spielte in der Partei eine bedeutende Rolle, sodass er schliesslich in den Verwaltungsrat der Živnostenská banka gelangte, die sich Einfluss auf den grössten industriellen Konzern gesichert hat, (hauptsächlich Schwerindustrie und Zuckerfabriken), wodurch seine bürgerlich-kapitalistische Einstellung nur noch bestärkt wurde. — Als Minister legte er aber nicht nur den Verwaltungsratposten im Sinne des § 74 der Verfassung nieder, sondern auch seine ganze parteiische Einstellung; er wird, obzwar immer noch Anhänger des Individualismus und der bürgerlichen Oekonomie, zum wirklichen Staatsmanne, der auch die Interessen seiner eigenen Partei zu opfern versteht, nur wenn sie dem Staate nützlich sind. Deshalb ja auch die Verstimmung in Kreisen des Kapitals gegen Rašín, als er durch die Vermögensabgabe und hauptsächlich durch die progressive Vermögenszuwachsabgabe das Kapital unverhältnismässig schwerer traf (die Vermögensabgabe wird ja zum grössten Teile gerade von den grössten Vermögen aufgebracht), als die anderen Klassen. Und das tragische seines Todes liegt eben darin, dass er, der nur das Staatsinteresse kannte und für den nur dieses Interesse das Motiv jeder Tätigkeit ist, von den Arbeitern als Exponent des Kapitals, von den Staatsbeamten als Räuber ihrer Existenz, von den Kapitalisten als Verräter eigener Parteiinteressen angefeindet und gehasst, an dem alten Fehler des politischen Lebens, der übertriebenen Parteilichkeit und Demagogie zu Grunde ging.

nis des wirklichen Lebens sind ihm seine eigenen Augen und deren Scharfblick massgebend. Er weiss das Charakteristische des Wirtschaftskörpers zu erkennen, er weiss auch seine Massnahmen dem Milieu und der Zeit individuell anzupassen: Auf eine individuelle Diagnosse der Krankheit auch individuelle Heilmittel, die einzig und ohne geschichtliches Beispiel dastehen und mit der »reinen« Wissenschaft oft in Widerspruch sind.

Die Erfassung der Wirklichkeit, schöpferische Phantasie und Kraft befähigten ihn dazu, die Zukunft zu formulieren, ohne nach rechts oder links zu blicken. Oft stiess er dabei auf Widerstand, war aber an Kampf gewöhnt und wich ihm nicht aus. Seine Kampfmethode war jedoch offen, ehrlich und ohne Kompromiss, er verabscheute Hinterlist, Kabalen und Intrigen. Ohne die Gefahr für seine Person zu beachten, in welche ihn die unlauteren Kampfmethoden seiner Gegner verwickelten, ohne die Konsequenzen für sein leibliches Wohl zu berücksichtigen, glaubte er trotzdem nicht allen und jedem, sondern nur seinem Grundsatze »Salus rei publicae lex suprema esto« Rechenschaft schuldig zu sein.

Schlusswort.

Wir haben es unternommen, in Kürze eine Charakteristik der Person Rašín's zu geben, wie sie sich uns auf Grund einer Analyse der Wirklichkeit offenbart, wir haben versucht, aus seinen politischen und persönlichen Ansichten ein Bild über ihn zu gewinnen. Wir haben gesehen, dass seine Auffassungen nicht immer theoretisch einwandfrei sind, dass aber den praktischen Massnahmen nicht eine Art von Grosszügigkeit abgesprochen werden kann, insbesondere was die Erkenntnis des Realen betrifft. So stehen z. B. die Zurückbehaltung der Hälfte des zur Abstempelung vorgelegten Betrages und die Vermögensabgabe in ihrer psychologischen Konzeption einzig da, denn sie geben den besten Beweis, in welchem Grade die Rašín'schen Massnahmen auf der jeweiligen »Stimmung« des Volkes aufgebaut sind, denn nur ein Jahr später wären diese Massnahmen nicht möglich gewesen. Und gerade hier, in der sicheren Erfassung der Wirklichkeit erblicken wir die stärkste Seite Rašín's, welche in der praktischen Politik seine theoretischen Mängel aufzuwiegen vermag.

Wird sind bei unseren Ausführungen einer weit verbreiteten Ansicht entgegen getreten, welche Rašín bei allen Massnahmen als führendes Motiv die Quantitätstheorie zuspricht, wir haben im Gegenteil feststellen müssen, dass die Massnahmen seiner Politik, die Institutionen der Vermögensabgabe, des Bankamtes und die Absorbtion der Staatsnotenschuld durch qualitative Besserung nicht nur einen, der Quantitätstheorie entgegengesetzten Standpunkt zum Ausdruck bringen, sondern er selbst die Quantitätstheorie, wie sie die radikale Deflation durch Kontraktion des Umlaufes in die Tat umsetzen will, klar und eindeutig zurückweist. Wir könnten fast sagen, dass wir in dem Rašín'schen Plane und seinen Auswirkungen das typische Bild der Rist'schen »déflation modérée« erblicken, wenn wir uns nicht von vornherein bewusst wären, dass ein von der Theorie geformter Satz in der konkreten Wirklichkeit nie rein vorhanden sein kann, sondern es sich hier um die Hervorhebung des relativ wich-

tigsten Merkmales handelt, das einem wirtschaftlichen Phänomen trotz Beimischung anderer Elemente das charakteristische Gepräge gibt.

Wenn wir uns nun fragen, welchen Einfluss die Persönlichkeit Rašín's auf die Entwicklung der weiteren Politik hatte, resp. welche von seinen Massnahmen sich bewährt hatte und welche preisgegeben wurde, so geben schon die Personen seiner Nachfolger, nämlich der Finanzminister Bečka und der erst kürzlich ernannte Gouverneur der neuen tschechoslovakischen Nationalbank, Dr. Pospíšil, beide Träger und Verfechter von Rašíns Ideen, die Gewähr, dass auch in der weiteren Politik im Grossen und Ganzen an den von Rašín gezeigten Richtlinien festgehalten wurde.

In der Finanzpolitik war es auch gar nicht anders möglich, als in der von Rašín festgelegten Einstellung der Inflation fortzufahren und den Kampf gegen die hohen Statsausgaben fortzusetzen, wenn dies auch ohne jene Härte geschehen konnte, mit welcher Rašín dieses Ziel zu erreichen suchte. Er war es, der durch den bereits 1921 gestellten Grundsatz der Kommerzialisierung der Staatsbetriebe die erst 1925 erfolgte Reorganisation der Staatsbahnen zu einem einträglichen Staatsbetriebe ermöglichte, er war es auch, der zuerst das von der alten Nationalversammlung leider nicht mehr erledigte Beamtengesetz anregte, das gemäss seinem Prinzip »weniger aber gut« Befreiung der Staatsverwaltung von überflüssigen Beamten, dafür aber Gehaltserhöhung der übrigen forderte. Und in welchem Grade das für 1926 erste aktive Budget der Republik seinem Wirken zuzuschreiben ist, geht am besten aus der Einführungsrede Bečkas zum Finanzgesetze hervor, der sich glücklich preist, das von Rašín begonnene Werk seiner Vollendung zuführen zu können, wobei er den von Rašín geschaffenen Vorbedingungen das grösste Verdienst zuspricht.

In der Währungspolitik sehen wir zunächst bis Anfang 1925 ein formales Festhalten an den Rašín'schen Richtlinien der Unterlegung der Staatsnoten mit realen Deckungswerten, wobei das Bankamt aber infolge der durch die österreichische und deutsche Kapitalarmut eingetretene Kapitalabwanderung in diese Länder und der durch diese Belastung der Zahlungsbilanz gefährdete Kursentwicklung durch eine weit rigorosere Kredit- und Diskontpolitik entgegensteuern musste, als es aus innerwirtschaftlichen Gründen hätte tun müssen. Erst die Schwierigkeiten der Vermögensabgabe, über deren Erfolg sich Rašín schon 1922 keinen Illusionen hingegeben hatte,

sowie die unterdessen güunstiger gewordene Möglichkeit einer ausländischen Kreditbeschaffung gaben den Anstoss, dass die Politik der direkten Abtragung der Staatsnotenschuld durch die Vermögensabgabe verlassen wurde und die Vermögensabgabe zur Verminderung der schwebenden Staatsnotenschuld Verwendung findet. An den Richtlinien für die zukünftige Währung wurde nichts geändert, es wird also nach wie vor eine Golddevisenwährung ohne effektiven Goldumlauf sein.

Was nun die Wirtschaftspolitik überhaupt betrifft, so forderte die Krise zwar Opfer wie überall, hatte aber den Erfolg aufzuweisen, dass da, wo 1921 das typische Bild einer Inflationswirtschaft vorhanden war, bereits 1923 das Wirtschaftsleben nach der überstandenen Krise seinen normalen Gang wieder aufnahm. So bedeuten zwar die Zusammenbrüche hauptsächlich von den drei Mittelbanken einen effektiven Schaden für die Volkswirtschaft, durch ihre Preisgabe aber wurde der Volkswirtschaft jene eigenartige Immobilität erspart, wie sie z. B. in Deutschland die Institution der »Geschäftsaufsicht« durch das blosse zeitliche Aufschieben der Konkurse mit sich gebracht hatte. Rašín zog eben eine kurze Operation einem längeren Siechtume auch auf diesem Gebiete vor. Dass heute das Wirtschaftsleben bereits sämtliche Verluste aus der Krise überwunden und durch die Krise selbst nur den Schaden genommen hat, dass alle wirtschaftlichen Scheingebilde verschwunden sind, zeigt am besten die geringe Zahl von Arbeitslosen, die sich nur um 25—30.000 bewegt, wobei durch die rigorose Politik des Bankamtes die Industrie noch eine Hemmung eher als eine Förderung erfährt.

Die Reorganisation der gesamten staatlichen Verwaltung in organisatorischer und formaler (prozessualer) Hinsicht, ein Werk, das Rašín erst nach Überwindung der ersten Schwierigkeiten des Staates in Angriff nehmen wollte, um dem Staate eine wirklich moderne, bewegliche, und nicht kostspielige Verwaltung zu geben und um die durch die Mannigfaltigkeit der auch auf diesem Gebiete rezipierten österreichischen Rechtsordnung geschaffene Rechtszersplitterung einzuschränken, ist unvollendet geblieben. Die Gesetze aber, die seine Tätigkeit auf diesem Gebiete verkörpern, sind zu gering an Zahl und verhältnismässig zu unbedeutend, um ein bestimmtes Präjudiz für ein Werk von dieser Tragweite bilden zu können.

So behält also vor allem in der Finanz- und Währungspolitik die Wirksamkeit Rašíns auch weiterhin ihren programatischen Charakter.

Vita.

Jan Čakrt wurde am 30. Juni 1903 in Teschen (Schlesien, Čechoslovakei) als einziger Sohn des Primarius am Krankenhause der Barmherzigen Brüder in Teschen, MUDr. Jan Čakrt und der Franziska, geb. Šolc geboren. Er besuchte vom Schuljahre 1912-13 bis zum Schuljahre 1918-19 das deutsche Staatsgymnasium in Teschen, vom Schulj. 1919-20 das tschechische Staatsgymnasium in Mährisch Ostrau, welches er am 15. Juni 1921 mit dem Reifezeugnis verliess. Er studierte dann im WS 1921-22 und SS 1922 an der tschechischen Handels-Hochschule in Prag, im WS 1922-23 und SS 1923 an der Handels-Hochschule in Mannheim, wo er sich am 28. Juli 1923 mit sehr gutem Erfolge der Diplomprüfung unterzog und das allgemeine kaufmännische Diplom erwarb. Seine schon in Mannheim betriebenen Studien der Staatswissenschaften setzte er im WS 1923-24 zunächst an der Faculté des sciences économiques et sociales der Universität Genf, im SS 1924 und WS 1924-25 an der Wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Frankfurt a. M. fort. Vom SS 1925 studierte er an der philologisch-historischen Abteilung der Universität Basel, wo er unter Leitung des Herrn Prof. Dr. Stephan Bauer seine Dissertation »Rašín als Währungsreformer« ausarbeitete.

Im Laufe seiner Hochschulstudien nahm er an den Übungen und Vorlesungen der Dozenten Macek, Mráz (Prag), Altmann (Mannheim-Heidelberg), (Milhaud, Borgeaud, Rappard (Genève), Oppenheimer, Arndt, Voigt, Žižek, Strupp, De Boor, Freudenthal, Burchard (Frankfurt a. M.), Bauer, Landmann, Michels, Mangold, Ruck (Basel) teil.